

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellungsvermittlung
Preis der sechspaltenen Kolonelle 1 Mark.
Geschäftsinsere finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **278100** EXEMPLAREN
erscheint diese Ztg.

Die neuen Handelsverträge.

Ein wichtiges Ereignis im deutschen und internationalen Wirtschaftsleben vollzieht sich mit dem 1. März, indem an diesem Tage die gegenwärtig bestehenden Handelsverträge außer Kraft gesetzt und die neuen Handelsverträge zu ihrem Ersatz in Kraft erklärt werden. Das Ereignis ist von größter Bedeutung, obgleich heute seine Tragweite und seine Wirkungen noch nicht in Einzelheiten und auch nicht in ihrer Gesamtheit dargelegt werden können.

Der Vorgang rechtfertigt jedoch einen kurzen Rückblick auf die Entstehung und Wirksamkeit der heute noch bestehenden Handelsverträge und einen kurzen Ausblick auf die wirtschaftliche Zukunft unter den neuen Handelsverträgen. Die bestehenden alten Handelsverträge wurden mit Österreich-Ungarn, Italien, mit der Schweiz, Belgien und Rußland in den Jahren 1891 bis 1893 abgeschlossen und sollten im Jahre 1903 ablaufen. Wie man weiß, wurden sie jedoch nicht gekündigt, sondern sie laufen solange, bis sie durch die neuen Verträge ersetzt werden. Der damalige Schöpfer der Handelsverträge war der Reichskanzler Caprivi, der für deren Zustandekommen vom Kaiser den Grafentitel als Anerkennung erhielt. Die Caprivischen Handelsverträge bedeuteten einen Versuch mit der bis dahin herrschenden Bismarckschen autonomen Hochschutzzollpolitik, die keine Handelsverträge, sondern nur Weitzbegünstigungsverträge kannte. Karl Kautsky sagt in seiner Schrift „Handelspolitik und Sozialdemokratie“ darüber: „Bismarck hatte seit dem Ende der sechziger Jahre schutzzöllnerische Politik betrieben, mit dem Resultat, daß einerseits das Getreidezölle Deutschlands immer höher wuchsen und andererseits das Ausland sich durch immer höhere Zollemauern abschloß. Das führte zu immer unerträglicheren Verhältnissen, was 1891 besonders schroff zutage trat. Damals setzte nach kurzem Aufschwung eine Handelskrise ein. Gatten die Industriellen nach 1874 die Ursache des Sinkens der Preise im Freihandel des eigenen Landes gesehen, der eine Überflutung des inländischen Marktes durch Erzeugnisse des Auslandes ermöglichte und daher nach Schutzzöllen geschrien, so erklärten sie jetzt das Sinken der Preise durch die Schutzzölle des Auslandes, die ein Abfließen der überschüssigen Produkte ins Ausland verhinderten. Gleichzeitig kam es zu Missernten, wodurch die Getreidepreise rasch emporschnellen. In Preußen hatte der Weizen pro Tonne 1886 bis 1890 175,03 Mk. gekostet, 1891 kostete er 218,75 Mk. Roggen stieg von 143 auf 204,05 Mk. Der hohe Getreidezoll von 5 Mk. wurde angesichts dieser Teuerung unhaltbar. Selbst das so hartnäckig schutzzöllnerische Frankreich mußte seine Getreidezölle damals herabsetzen. Aber es tat dies nur vorübergehend und daher ohne eine Gegenleistung des Auslandes zu erhalten; Deutschland dagegen benutzte die Situation, um gegen die Herabsetzung des Getreidezölle Herabsetzungen der Industriezölle einzelner Nachbarländer einzutauschen. Das war aber nur möglich, wenn man sich zum Abschluß langfristiger Handelsverträge verstand. Inzwischen wäre es dazu vielleicht noch nicht so leicht gekommen, wenn nicht die Krise und Brotteuerung dem Sturz des Systems Bismarck so bald gefolgt wären. Der neue Kurs war bald in einen Gegensatz zu Bismarck gelangt, der schließlich zum Bruch führte (März 1890); kein Wunder, daß er eine Zeitlang es für seine Aufgabe hielt, das Gegenteil dessen zu tun, was Bismarck getan. Dieser hatte das Sozialistengesetz durchgesetzt — nun wurde der entgegengesetzte Kurs eingeschlagen und durch Falllassen des Sozialistengesetzes bekräftigt. Bismarck hatte einseitige, stets den agrarischen Interessen dienbare Schutzpolitik getrieben. Nun hieß es das Gegenteil betreiben, Handelsverträge durch Opferung eines Teiles des agrarischen Zollschutzes abzuschließen.“

Und so kamen die Caprivischen Handelsverträge zustande gegen die Opposition der Agrarier und mit Hilfe der Sozialdemokraten. Erstere wüteten förmlich gegen die neue Wirtschaftspolitik, ebten die maßloseste Kritik an der Regierung und kündigten offen ihre Königstreue, gemäß dem schönen Grundsatze: „Und der König abso!ut, wenn er unsem Willen tut.“ Wenn aber nicht, dann nicht, dann wären die bis auf die Knochen „Königstreuesten Konservativen“ auch imstande, ihre monarchische Gefinnung zu revidieren und es einmal mit einer auf ihre Parastamentinteressen zugeschnittenen Republik zu versuchen.

Frägt man heute, wie die ablaufenden Caprivischen Handelsverträge sich bewährt haben, so kann man darauf nur antworten, daß sie für die Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens, für die Weiterentwicklung und Entfaltung von Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr die günstigsten Wirkungen hatten und allen diesen Gruppen einen ungeahnten blühenden Aufschwung brachten. Dieser kommt namentlich in der Statistik des deutschen Außenhandels zum Ausdruck. Es betrug nämlich Einfuhr und Ausfuhr dem Werte nach in Millionen Mark in den Jahren:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1889	4087,0	3256,1	1898	5439,7	4016,6
1890	4272,9	3409,5	1899	5783,6	4368,4
1891	4403,4	3339,7	1900	6043,0	4752,6
1892	4227,0	3150,1	1901	5710,3	4512,6
1893	4134,0	3244,6	1902	5605,8	4812,8
1894	4285,5	3061,5	1903	6821,1	5130,3
1895	4246,1	3424,1	1904	6864,3	5315,4
1896	4558,0	3753,5	1905	7046,0	5693,0
1897	4964,6	3786,2			

Abgesehen von 1889 war das Jahr 1892 das des Tiefstandes der Einfuhr; die Ausfuhr erreichte 1894 das Minimum. Die Bismarcksche Hochschutzzollpolitik hatte so zu einem starken Niedergang der deutschen Industrie geführt und der Bruch mit ihr erschien daher als eine rettende und befreiende Tat. Die Hoffnungen, die auf sie gesetzt wurden, gingen, wie die Handelsstatistik zeigt, in reichem Maße in Erfüllung. Die Ausfuhr stieg von 3051,5 Millionen Mark in 1894 auf 5693 in 1905, vermehrte sich also in 11 Jahren um 2642 Millionen oder um weit über die Hälfte, die Einfuhr um 2800 Millionen Mark. Die verschiedenen Schwankungen hängen natürlich in der Hauptsache mit dem der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eigentümlichen Wechsel von Prosperität und Krise zusammen, der aber ganz unabhängig von der Form der jeweiligen auswärtigen Handelsbeziehungen ist. Dieser Wechsel vollzieht sich in dem freihändlerischen England wie in den Schutzzollländern und er wird nur sein Ende finden mit dem Ende des Kapitalismus selbst. Von 1895 bis 1900 herrschte eine außergewöhnliche wirtschaftliche Prosperität und ihr entspricht das ununterbrochene, von Jahr zu Jahr gehende starke Steigen der Ausfuhr und Einfuhr. Das Jahr 1901 ist wieder das erste volle Krisenjahr und der auswärtige Handel erfuhr eine empfindliche Verminderung. Aber 1902 brachte schon wieder eine neuerliche Steigerung, trotzdem die Krise fortwirkte, und mit dem Jahre 1905 erreichte diese neue Aufschwungperiode ihren bisherigen Höhepunkt. Wenn die vorjährige Erhöhung der Ausfuhr gegenüber 1904 fast 400 Millionen Mark beträgt, so hat dabei das am 1. März 1906 erfolgende Inkrafttreten der neuen Handelsverträge hervorragende mitgewirkt. Die Unternehmer und Kaufleute wollten noch zu den niedrigeren alten Zöllen so viel als nur möglich war und ihre Mittel gestatteten, importieren und daraus erklärt sich die große Menge an Aufträgen für alle Gewerbe und Industrien, die reiche Beschäftigung, die rege Nachfrage nach Arbeitern, die günstige Lage des Arbeitsmarktes und der Höhepunkt der gesamten blühenden Entwicklung.

In diesen Umständen der glänzenden wirtschaftlichen Prosperität des letzten Jahres liegen aber auch schon die Keime einer neuen Wirtschaftskrise von kürzerer oder längerer Dauer. Bis zum Inkrafttreten der neuen Handelsverträge werden die bedeutendsten Auslandsaufträge ausgeführt sein und wird dann ein Nachlassen des Beschäftigungsgrades, eine Abflauung der Geschäftslage eintreten; zunächst in der Exportindustrie, von der sich bei den bestehenden tausendfachen wirtschaftlichen Zusammenhängen die Stodung bald auf alle anderen Gewerbe und Industrien, auf Handel und Verkehr erstreckt wird.

Das Übergangsstadium von den alten zu den neuen Handelsverträgen wird sich daher sehr kritisch gestalten und die Schuld daran tragen die ungeheuerlichen Zollerhöhungen, die in Gestalt der Minimalzölle auf Getreide unverändert aus dem Wuchertarif in die Handelsverträge übergegangen sind und bis zu einem sehr hohen Grade auch in Form der übrigen neuen hohen Zölle auf hundertertei Artikel aller Art. Diese bedeutenden Zollerhöhungen verursachen die nervöse Gait, mit der die Importeure noch möglichst viel vor Zerschluß zu den geltenden niedrigen Zöllen importieren wollten und diese Vorgänge erklären die außerordentlich reiche Beschäftigung der Exportindustrie. Den Anstoß zu den neuen hohen Zöllen hat bekanntlich zunächst das Junkertum gegeben, das seine Opposition gegen die Caprivischen Handelsverträge von 1891 ab ungeschwächt fortsetzte, daß in diesem Kampfe der Reichskanzler Caprivi selbst von seinem hohen Posten herabstürzte und ihm nun auch seine Handelsverträge nachschickt. Inzwischen wurden die hochschutzzöllnerischen Agrarier, deren Weizen auch unter den Caprivischen Handelsverträgen blühte, allein den Sturz der Caprivischen Zoll- und Handelspolitik nicht erreicht haben; sie fanden aber in den unter dem Einfluß der Kartell-, Syndikats- und Trustwirtschaft immer mehr zu Hochschutzzöllnern gewordenen Großindustriellen, denen dann das kleine und größere Unternehmertum blindlings Herfolge leistete, mächtige Verbände, und so konnte das isolierte Junkertum die Bismarckschen Hochschutzzölle wieder reaktivieren, ja, sogar ganz bedeutend noch erhöhen.

Wie lange die mit dem Übergangsstadium von den alten zu den neuen Handelsverträgen unvermeidlich verbundene Wirtschaftskrise mit allen ihren furchtbaren Folgen von teilweiser und ganzlicher Arbeitslosigkeit, von Not und Elend für die Arbeiterchaft währen wird, vermag heute noch niemand zu sagen. Im Interesse der Arbeiter wünschen wir selbstverständlich sehr, daß sie von nur kurzer Dauer sein möchte. Bestimmt weiß man dagegen, daß die neuen Handelsverträge mit ihren exzessiv hohen Zöllen eine weitere Verteuerung der gesamten Lebenshaltung herbeiführen werden. Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus und so brachte uns schon das verfloßene Jahr eine empfindliche Teuerung. Aber die beiden preussischen Minister Möller und Podbielski erklärten, daß diese Teuerung nur ein kleines Vorpiel der Teuerung sei, die die neuen Handelsverträge bringen werden und bringen sollen, denn die Steigerung der Preise aller Waren, insbesondere der Lebensmittel, ist ja der offen ausgesprochene Zweck der Wuchertzölle. Durch die Verteuerung aller Bedarfsartikel wird jedoch die Kaufkraft des Geldes geschwächt, das heißt, man erhält für den gleichen Betrag bei höheren Preisen weniger Waren als bei niedrigeren Preisen. Das gilt natürlich auch vom Arbeitslohn. Eine Steigerung der Warenpreise ohne gleichzeitige entsprechende Lohnerhöhungen bedeutet eine gleich große Lohnreduktion, also von 5, 10, 15, 20 Prozent, je nachdem, in welchem Maße die Preise gestiegen sind oder noch steigen. Daraus resultiert eine weitere Verschlechterung der gesamten Lebenslage der Arbeiter. Es fragt sich nun, ob sie sich dieselbe ohne weiteres gefallen lassen. Wir können das unmöglich annehmen, halten uns vielmehr davon überzeugt, daß sie sich auf der ganzen Linie rühren und Lohnerhöhungen fordern werden.

Die Schlot- und Krautjunker haben zum Zwecke ihrer Verteuerung die Wuchertzölle geschaffen, sie mögen nun auch die Konsequenzen ziehen und tragen und den Arbeitern entsprechende Lohn-

erhöhungen zugestehen. Tun sie es nicht freiwillig und auch nicht auf dem Wege der gütlichen Verständigung oder der friedlichen Lohnbewegung, so werden sie es nach hartem Kampfe mit der Arbeiterschaft tun müssen. Auch für die Zollwucherer gilt der Satz Nietzsche: „Man kann nicht eine Tat begehen und zugleich die Konsequenzen derselben abschneiden.“

Die englischen Parlamentswahlen.

Die Wahlen zum britischen Unterhaus sind vorüber. Von dem Labour Representation Committee (Ausschuß für Arbeitervertretung) waren in 50 Wahlbezirken Kandidaten aufgestellt. Nach dem Labour Leader, dem Organ der Independent Labour Party (Unabhängigen Arbeiterpartei), waren ferner aufgestellt: von dem Schottischen Arbeiterausschuß 5, von Sozialisten, die den beiden genannten Ausschüssen nicht angehören 11, von den Bergarbeitern 14, von andern Gewerkschaftern u. s. w. 2. Von diesen waren 29 Kandidaten des Ausschusses für Arbeitervertretung und die 14 Kandidaten der Bergarbeiter erfolgreich. Außerdem sind noch 16 „Liberal-Workers“ (Liberal-Labour Members), sogenannte „Lib-Labs“, wie sie von sozialistisch gesinnten Arbeitern genannt werden, gewählt worden. Zu diesen gehört auch John Burns. 16 der Gewählten sind eingeschriebene Mitglieder der Independent Labour Party, einer ausgesprochen sozialistischen Organisation. Will Thorne, den die Gasarbeiter aufgestellt hatten und der gleichfalls gewählt hat, gehört der Sozialdemokratischen Föderation an. Ferner befinden sich noch unter den Gewählten zwei Fabianer (ebenfalls ausgesprochene Sozialisten). Von den Gewählten sind Metallarbeiter: George A. Barnes, Charles Duncan (beide Maschinenbauer), A. Henderson (Eisen gießer), John Lodge und John L. Macpherson (beide Stahl schmelter). Ferner sind noch hervorzuheben Keir Hardie, James Ramsay MacDonald, James O'Grady (Möbelmacher), E. W. Bowerman und G. S. Roberts (beide Buchdrucker). Die hier mit Namen aufgeführten sind — ausgenommen Henderson, Lodge und Bowerman — sämtlich Mitglieder der Independent Labour Party.

Aus dem Wahlkampf, den unser Kollege Barnes zu führen hatte, der in Bradford (Glasgow) kandidierte, wird unter anderem berichtet, daß die dortigen Liberalen es sich besonders haben angelegen sein lassen, den roten Lappen zu schwenken und vor dem durch Barnes vertretenen Sozialismus graulich zu machen. In den anderen Wahlbezirken wird man es sicher mehr oder weniger ebenso gemacht haben. Es ist ein Vergnügen, in den letzten Nummern des Labour Leader und des Clarion, zweier sozialistischer Blätter, zu lesen, wie ein Teil der Gewählten ihren Wahlsieg als einen Fortschritt des Sozialismus feiern. Natürlich deckt sich der von der Independent Labour Party vertretene Sozialismus nicht völlig mit dem von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vertretenen, wie er in dem Erfurter Programm dieser Partei präzisiert ist. Das ist schon aus dem Grunde nicht möglich, weil in England ganz andere politische Verhältnisse herrschen. James Ramsay MacDonald, eines der neugewählten Parlamentsmitglieder, Sekretär des Labour Representation Committee und ebenfalls Mitglied der Independent Federation of Labour, sagt darüber in einem sehr lehrreichen, „Sozialistische Praxis“ betitelten Artikel, der im Januarheft der Sozialistischen Monatshefte erschienen ist, unter anderem folgendes:

Wenn die sozialistische Tätigkeit Erfolg haben will, muß sie sich natürlich den bestehenden Verhältnissen anpassen; und die wichtigsten Faktoren, die für unsere Taktik in Betracht kommen, sind die politischen Organisationsformen des Landes, dem die betreffende sozialistische Partei angehört. Tatsachen, wie die, daß in Deutschland der Reichstag nur unvollkommen mit den Rechten eines Parlaments ausgestattet ist, und daß in Amerika die Macht des Präsidenten vom Kongreß unabhängig besteht, oder daß in Frankreich die Kammer der Deputierten sich aus Gruppen zusammensetzt und dort, wenn ein altes Ministerium unterliegt, ein neues gebildet werden kann, ohne daß es notwendig ist, an das Land zu appellieren, müssen dazu führen, daß die sozialistische Taktik in Großbritannien, wo alles das nicht der Fall ist, einen anderen Charakter hat, als die Bewegung in jenen Ländern... Denn offenbar ist es in Ländern, wo die politische Macht der Demokratie sehr begrenzt ist, das allerwichtigste, eine sozialistische Partei von hochrevolutionärer Spannkraft zu bilden, während es in Ländern, wo die Demokratie an der Macht und auch willens ist, ihre Macht auszuüben, gar nicht möglich ist, eine solche revolutionäre Spannung zu schaffen, weil der nötige Widerstand fehlt. Dort muß man darauf sehen, wie die sozialistische Bewegung am besten die Fühlung mit der allgemeinen Meinung bewahren kann... In jenen Ländern, wo der zur Schaffung einer hochrevolutionären Spannkraft nötige Widerstand fehlt, wie in Großbritannien, ist ein Sozialismus, der nichts anderes kennt, als den Kampf gegen das Bestehende, unangebracht und vor allem ungenügend, weil dort Sozialismus eine aufbauende und schöpferische Idee ist, immer am Werke, Institutionen, Gesetze und soziale Zusammenhänge zu verbessern... Das theoretische Programm der Parteien ist in solchen Ländern nicht scharf unrischen. Ihre Politik ist nur in einem geringen Grade doktrinär. Ist irgend eine Propaganda einigermaßen erfolgreich, so führt sie unvermeidlich zu einer Veränderung der Haltung der älteren Parteien, und insoweit wird der Anhang dieser älteren Parteien, der sich zu der neuen Propaganda sympathisch stellt, davon behütet, die Zugehörigkeit zu eben diesen alten Parteien zu lösen, weil sie ja ein wenig fortschreiten, um den neuen Gedanken entgegenzukommen, und der Hoffnung, noch weiter zu gehen, Raum lassen. Man darf ohne das geringste Bedenken erklären: Wenn die deutschen und französischen Sozialisten unter den britischen Verhältnissen kämpften, so ginge die Hälfte der Stimmen, die sie jetzt erhalten, zur liberalen Partei, aber diese,

so bald sie diese Stimmen erhielt, wäre nicht mehr das unnütze, akademische und abstrakte Ding, welches in Deutschland und in Frankreich diesen — oder einen ähnlichen — Namen trägt...

Es ist nicht unsere Aufgabe, und es würde hier zu weit führen, wenn wir darlegen wollten, wie weit die von Macdonald geäußerten Ansichten einer Korrektur bedürften.

Bemerkenswert ist aber unter anderem das scharfe Urteil, das Mr. Macdonald über den deutschen Liberalismus ausspricht. Das hindert das Hirsch-Dundersche Hauptorgan, den Gewerksverein, dessen Redakteur bekanntlich ein waschechter „Freiwirtschaftler“ (man ist) aber keineswegs, der neuen englischen Arbeiterpartei, deren politische Debit man doch eigentlich erst abwarten muß — Hirsch-Dundersche Ansichten in die Schube zu schieben.

Gesundheitsgefahren für Metallarbeiter.

Dem Münchener Bericht ist zu entnehmen, daß in einer Zink- und Bleischmelzerei ein Arbeiter an Bleivergiftung erkrankt war, in der solche Zustände herrschen, daß die Schließung des Betriebs beantragt werden mußte. In zwei Bleischmelzereien waren Anordnungen in Bezug auf Reinigung der Arbeitsräume, Abführung schädlicher Dämpfe an der Entstehungsstelle, Herstellung dichter Fußböden und Beschaffung von Beschäftigten notwendig.

Der oberfränkischen Fabrikinspektion kamen im Jahre 1904 zum erstenmal mehrere Bleivergiftungen aus Stahlrohrfabriken und Spiralfederfabriken zur Kenntnis. Das Fehlen der Stahlrohrfabriken erfolgt durch Unzulänglichkeiten und Mängel in hochentwickelten Bleihütten, wobei die Bildung von Bleidämpfen nicht immer zu vermeiden ist.

In einer größeren Gießerei Unterfrankens ist an Stelle der benutzten Lötung mittels Zinnsäure eine solche durch ein Gift getauscht. Auch kam dort eine neue Gießerei mit Staubabzug und sonstiger besserer Vorrichtungen zur Einrichtung. Das Fehlen in der Gießerei bedeutende Gesundheitsgefahren in einem beschriebenen Räume zur Aufstellung und die Staubabzugung an einem bei wesentlichen Verbesserungen auszuführen.

Die oberfränkische Fabrikinspektion hat den Bericht über den preussischen Regierungsbezirk Arnberg. Er lautet das Haupt „Gesundheitsgefährliche Ursachen“ mit dem folgenden Satze: „Der Bericht über den Gesundheitszustand der Arbeiter in den mit Bleivergiftung verbundenen Betrieben nach den Ermittlungen der Gesundheitsinspektoren befreit.“

Weder ist dieser Bericht zu entnehmen, daß eine Metallgießerei, die in einem nur zwei Meter hohen Kellerbau untergebracht war, als gesundheitsgefährlich durch die poligeige Verfüllung geschlossen wurde. In zwei Hammerwerken beobachtet sich über der Schmelz- und Gießarbeiten mit Blei in zwei Personen; auch die anderen Fälle deuten darauf hin, daß in den Kellern und über die Reinigung wurde dieser als gesundheitsgefährliche Ursachen nachzugehen.

befriedigende Einrichtungen erwähnt. Fünf Kraftvermieter wurden zu je 3 Mk., ein Schraubstockfabrikant zu 10 Mk. Geldbuße wegen Nichtbeachtung der Verordnung bestraft. Grunderwerbprämien! In der Werkstätte eines Kupfahnerwerkes war elektrisches Schweißverfahren eingerichtet; da durch die dabei entstehenden Gase die Arbeiter stark belästigt wurden, so mußte ein besonderer Raum mit guter Entlüftung hergerichtet werden.

Über Gesundheitsgefährdung der Arbeiter durch die Verwendung von Blei in Akkumulatorenfabriken wird auch aus anderen Ausschichtsberichten berichtet. So erkrankten in den beiden größten Akkumulatorenbetrieben des Bezirkes Potsdam von 142 Arbeitern 15 an Bleivergiftung mit 321 Krankheitsstagen. In einer Metallschmelzerei kamen zwei Magenentzündungen von Bleivergiftung vor mit je vierzehntägiger Krankheitsdauer, in den Kabelwerken Oberpreußen drei Fälle von Bleierkrankungen mit einer Gesamtdauer von 24 Tagen.

Sehr interessant sieht sich angeht das reichliche vorhandene Material über die Bleierkrankungen der Arbeiter die Ausführung im Siegauer Bericht: „In der Akkumulatorenfabrikation der Siegauer Elektrizitätswerke waren beide Arbeiter erkrankt, weil sie nicht genügend auf Reinlichkeit achteten.“

Zahlreiche Bleierkrankungen kamen immer wieder unter den Zinkhüttenarbeitern in Schlefien vor. Die Gütenbarone setzen der bezüglichen Bundesrätlichen Verordnung zum Teil einen passiven Widerstand entgegen und versuchen zur Vermeidung kostspieliger Betriebsänderungen immer wieder das alte, schwer schädigende Verfahren zu kränken. Sie konnten mehrfach erst durch Androhung gerichtlicher Strafverfolgung von weitezer Senkung der unvorschriftsmäßigen alten Einrichtungen abgebracht werden.

In den vier sächsischen Bleihütten des Harzes (Steinitz, Hildesheim) kamen bei 619 Arbeitern 272 Erkrankungen, die mit 5518 Krankheitsstagen war, wovon 58 beziehungsweise 1235 auf die Einrichtung des Bleies zurückzuführen waren.

Die Fabrikinspektion Arnberg berichtet von der Bleierkrankung eines Arbeiteres in einer Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen und von weiteren in den Erzabbauwerken eines Grubenwerkes.

In Düsseldorf wurden Bleierkrankungen unter den Bleihüttenarbeitern Sittenswarenfabriken und einer Baggonfabrik beobachtet. Nachforschungen ergaben die Ursache der Erkrankung in der Bleihütte der Sittenswarenfabriken, wo für die Herstellung des Feilsteins mit der Handmaschine bleibende Unterlagen benutzt werden, von denen bei den 700 bis 1000 Feilsteinen in der Minute feinstverteiltes Blei und kleine Teilchen des Metalls abgehoben werden.

Die Fabrikinspektion Arnberg berichtet von der Bleierkrankung eines Arbeiteres in einer Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen und von weiteren in den Erzabbauwerken eines Grubenwerkes. In Düsseldorf wurden Bleierkrankungen unter den Bleihüttenarbeitern Sittenswarenfabriken und einer Baggonfabrik beobachtet.

Die Fabrikinspektion Arnberg berichtet von der Bleierkrankung eines Arbeiteres in einer Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen und von weiteren in den Erzabbauwerken eines Grubenwerkes. In Düsseldorf wurden Bleierkrankungen unter den Bleihüttenarbeitern Sittenswarenfabriken und einer Baggonfabrik beobachtet.

Die Fabrikinspektion Arnberg berichtet von der Bleierkrankung eines Arbeiteres in einer Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen und von weiteren in den Erzabbauwerken eines Grubenwerkes. In Düsseldorf wurden Bleierkrankungen unter den Bleihüttenarbeitern Sittenswarenfabriken und einer Baggonfabrik beobachtet.

„Noch einmal: Aussperrung und Selbstüberhöhung.“

Zu meinem Erstaunen finde ich in Nr. 4 der Metallarbeiter-Zeitung noch einmal einen Artikel, der sich mit der Berliner Generalversammlung vom 17. Dezember 1905 beschäftigt. Ich hatte gedacht, daß auch die Herren in Stuttgart aus dem Verlauf der Berliner Elektriker-Aussperrung ihre Lehren gezogen hätten und es nun als ihre Aufgabe betrachten müßten, Mittel und Wege zu finden, die verhindern, daß wir in Zukunft wieder solche kläglichen Schlappen erleiden können.

Zunächst sei gesagt, daß der Artikelschreiber sich wohl selbst darüber klar ist, daß durch seinen Artikel an der Resolutionsannahme, wie an der feststehenden Meinung der Berliner Kollegen nichts geändert werden wird. Wenn er meint, die Resolution sei schon deshalb nicht tragfähig zu nehmen, weil in der Generalversammlung vom 17. Dezember nur 1500 Personen anwesend waren, so erwidere ich darauf, daß dieser schwache Besuch durch das vorangegangene Aufeinanderfolgen mehrerer Generalversammlungen sowie durch die Zwischenfälle in denselben verschuldet war.

Zum Schluß noch eins. Warum schreit man jetzt auf einmal so sehr über den § 29? Will man das bisheren Selbständigkeit, welches wir in Berlin haben, noch mehr einschränken? Sind die Worte des Kollegen Schlichte, die er über das Reservatrecht an die Berliner Kollegenschaft richtete, nur leere Worte gewesen? Man soll nur nicht vergessen, daß zwei dazu gehören, wenn man uns das Reservatrecht nehmen will, nämlich einer, der es nimmt, und einer, der es sich nehmen läßt oder auch es sich nicht nehmen läßt.

Wir haben auf unseren Artikel ja eine Antwort erwartet, allein daß sie so nichtsagend ausfallen würde, darauf waren wir nicht vorbereitet. Denn der Standpunkt des Kollegen Stricker ließe sich immerhin noch mit plausiblen — wenn auch nicht beweisfähigeren — Argumenten verteidigen. Also: die „Herren in Stuttgart“ haben aus dem Verlauf der Berliner Aussperrung keine Lehren gezogen. Das schreibt Stricker trotz unseres Artikels! Wir haben darin doch gerade betont, daß nicht mehr so „weiter gewurfelt“ werden darf, daß das „Stechensperd der bisherigen Taktik“ verlassen werden muß!

Wir sollen Totjachen entsetzt und offenbare Unwahrheiten behauptet haben. Stricker bleibt den Beweis dafür aber schuldig. Unsere Bemerkung über den schwachen Besuch der Versammlung kann er nicht bestritten, er sucht diesen nur zu erklären. Aus seiner Erklärung ziehen wir aber einen anderen Schluß wie er, nämlich den: die meisten Besucher der Versammlung vom 20. November hatten keine Lust mehr, unsichtbare Debatten anzuhören.

Der § 29. Was versteht Stricker darunter? Seine Meinung deutet sich auf seinen Fall mit den Worten Schlichte, die er an die Berliner Kollegenschaft richtete. Was Schlichte den Berliner Kollegen gesagt hat, daß sich aber mit dem, was er in Leipzig auf der Generalversammlung ausgeführt hat. Ist Stricker damit einverstanden? Da der § 29 handelt es sich vor allem darum: was bedeutete das „Reservatrecht“ von Arnberg an und was ist im Laufe der Zeit daraus gemacht worden. Darüber wird feinerzeit noch ein wenig zu reden sein.

Die Solinger Wirren.

L.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung weist im Kreise Solinger solche Eigentümlichkeiten auf, daß wir nicht umhin können, immer wieder darauf zurückzukommen. Ehemals war es scheinbar der Gegensatz in den politischen Anschauungen, der großen Zwist verursachte und der so allgemeinen Aufregung erregte. Das ist heute vorüber. Nichtsdestoweniger wiegt sich aber der in einem Irrtum, der da glaubt, daß mit dem äußeren Frieden auch der innere Frieden in der Arbeiterschaft hergestellt sei. Man kann wohl sagen, der politische Kampf hat aufgehört, aber statt seiner haben wir den Kampf der Arbeiter unter sich auf wirtschaftlichen Boden bekommen. Und wenn man ehrlich sein will, wird man auch zugeben müssen, daß es sich auch früher schon um weiter nichts anderes handelte, als um die Wahrung der Interessenphären der alten eingesehnen Solinger Arbeiter, die den Zug der Zeit nicht verstanden und sich den Neuerungen mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen, widerfesten. Auch jetzt entspringt der Geist des Widerspruchs gegen die wirtschaftliche Entwicklung derselben Arbeiterkategorie.

Um nun auch den Fernstehenden ein Versehen der hiesigen Verhältnisse möglich zu machen, müssen wir hier einmal die bisherige Entwicklung betrachten. Da stellen wir zunächst fest, daß bis vor kurzer Zeit die Solinger Gewerkschaften überhaupt für Anregungen von außen unzugänglich waren. Ihre Versammlungen waren für Nichtmitglieder verschlossen. Die Hauptgegenstände ihrer Verhandlungen waren die Preisverzeichnisse und deren Verletzungen durch die Unternehmer. Dazu kam, daß auch der Kreis der Mitglieder möglichst eng gezogen wurde. Über den Rahmen der direkten Berufsangehörigen hinaus wurden keine Mitglieder aufgenommen vollzogen. Jeder Beruf zweigte sich in mehrere Unterberufe ab und für jeden solchen „Beruf“ entstand ein besonderer „Fachverein“. So haben wir in Solingen niemals einen Schleiferfachverein gekannt, sondern eine ganze Reihe von Vereinen, die jeweils nach der Art der speziellen Beschäftigung gegliedert wurden. Mit einem Messerschleiferverein hatte man nicht genug, deshalb gab es auch einen Taschen- und Federmesserschleiferverein. Daneben haben wir Scheren-, Bänder-, Bügel- und Schwertschleifer und Wappenschleifer. Weder oder weniger ist dieses System auf alle anderen Berufe übertragen worden. Wenn man nun auch zugeben will, daß infolge der Vielfachheit der Solinger Industrie eine gewisse Trennung der einzelnen Arbeiterkategorien als richtig erscheint, so steht doch fest, daß diese Trennung den Unternehmern zugute kommt, weil sie der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter hinderlich ist.

Aber noch etwas anderes drückt den „Fachvereinen“ den Stempel auf. Wir finden in diesen Organisationen zunächst die „selbständigen“ Meister, dann aber auch deren Gesellen und Lehrlinge. Nun wird aber doch wohl jeder „Fremde“ zugeben, daß diese drei Gruppen verschiedene Interessen haben. Hier in Solingen bringt man es aber fertig, zu „beweisen“, daß dies eigentlich nicht der Fall sei. Hier, so sagt man, liegen die Dinge insofern anders, als der selbständige Meister auch zugleich das Interesse der Gesellen und der Lehrlinge vertritt, weil Lehrlingszeit und Gesellenzeit nur des Übergangsstadiums zur Selbständigkeit darstellen. Das ist gerade so, als wenn, wie das ja häufig geschieht, den Arbeitern geraten wird, ihre Interessenvertretung den Unternehmern zu überlassen, weil sie bei deren angeblich am besten aufgehoben sei. Das „Übergangsstadium“ der Gesellen und Lehrlinge muß man aber kennen, wenn man ein Urteil darüber fällen will. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß ein kleiner Teil der „selbständigen“ Arbeiter tatsächlich auf die Ausübung der ihnen anvertrauten Leute Wert legen. Was aber bis zum Mißstand gedieh, war, daß diese jugendlichen Arbeitsträfte bald als das willkommene Ausbeutungsobjekt betrachtet wurden, um die Taschen der Meister zu füllen. Die Lehrlingsaufsicht war eine zeitlang so in Blüte geschossen, daß die Fachvereine sich mit der Frage schon deshalb beschäftigen mußten, weil die Dinge geradezu skandalös wurden. Der Federmesserschleifer Schallbruch war so ehrlich, dies Material über seinen Beruf auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die Dinge in einer Weise so zu schildern, wie wir es auch nicht besser fertig bringen könnten. Wenn wir diesen Genossen zitieren, so deshalb, weil andere — „Fremde“ — wenn sie aus schon Jahrzehnte im Kreise Solinger Beschäftigten wissen, doch als „Nichtswisser“, als Leute hingestellt werden, die eigentlich von all den Sachen hier kein Verständnis besitzen.

Aus den gezeichneten Umständen heraus wurden dann eine Reihe Bestimmungen geschaffen, wonach den einzelnen Meistern nur gestattet wurde, eine gewisse Anzahl von Lehrlingen oder Gesellen zu beschäftigen. Die Mehrheit der Meisterei zeigte sich indes auch da. Eine Reihe von Leuten, eng liiert mit den Unternehmern und Kaufleuten, kümmerten sich um diese Beschlüsse nicht, sondern traten aus der Organisation aus und betrieben die Lehrlingsaufsicht weiter. Aber selbst unter diesen „wildem“ Meistern finden wir heute noch Leute, die mehr für ihre Lehrlinge und Gesellen tun, als die organisierten Meister, sowohl was Behandlung wie Entlohnung betrifft.

In welcher Weise im Schleiferberuf mit den Lehrlingen verfahren wurde und wird, ist überhaupt gar nicht möglich zu schildern. Es wurden Lehrlinge gehalten, aber nicht um ihnen zum Beispiel das Messerschleifen zu lernen, sondern nur Teilarbeit, und man sorgte mit Vorliebe dafür, daß der Lehrling niemals „fertig“ wurde. Auf diese Weise ist von so manchen noch jetzt erziehender Meisterverfahren worden und solche Fälle kommen auch jetzt noch vor, sogar bei Leuten, von denen man alles andere erwarten sollte. — Doch gehen wir darüber hinweg. Betrachten wir uns einmal die Lage der „Meister“. Das Wort „selbständig“, auf das der Solinger so stolz ist, bedeutet durchaus nicht die Selbständigkeit, die sich mancher vorstellt. Der Meister verfertigt nämlich kein eigenes Produkt, sondern bearbeitet nur noch nicht fertige Sachgegenstände, die er beim Kaufmann oder Fabrikanten zum Schleifen erhält. Diese Sachen gehen von Hand zu Hand, das heißt von Meister zu Meister so lange, bis die fertige Solinger Sachware in die Erscheinung tritt. Der Fabrikant ist also hier zum großen Teil nur Kaufmann. Er spart auf diese Art und Weise Verluste und Beschwege. Er spart an alledem, was sonst Unternehmer mit eigenem Betrieb angehalten werden. Er braucht keine Maschinen, die die Zeit kontrollieren. Der Arbeiter treibt sich selbst an, um einen möglichst hohen Verdienst zu erzielen. Der Arbeiter kann gehen, wann er will, kann anfangen wann er will — kurz, gegen das Arbeitslohnverhältnis scheint hier das Paradies zu sein. Doch der Schein trügt. Die auf die eine oder andere Weise verloren gegangenen Tage und Stunden werden dann in Überarbeit wieder eingeholt. Schon sehr früh und bis spät in die Nacht hinein steht man die Lichter in den einzelnen „Stammeln“ (Stammeln) schimmern, und Frau und Kind werden mitbeschäftigt. Man wird vielleicht sagen, die Schleifer seien eine Ausnahme. Das trifft aber nicht zu. Bei den Vorständen der Arbeiterschaft betonen sich die Unternehmer stets darauf, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit bei den Schleifern „Widerstand“ fände. Aber das ist noch das wenigste. Die in den Fabriken oder in sonstigen großen Betrieben eingesetzten Schleifer werden doch noch in Laufe der Zeit einsehen, wenn sie es nicht schon eingesehen haben, daß eine gewisse Ordnung in bezug auf die Arbeitszeit eingeführt werden muß. Und dies verhält es sich dagegen in neuerer Zeit mit all den selbständigen Meistern, die sich selbst einen Schleiferberuf erdacht und mit ständiger Hast betreiben, die fast nirgends in solcher Ausdehnung angewendet wird wie hier. So müssen sich die einzelnen Herren in eigener Schenkung und der eventuellen Kontrolle der Fachvereine und die Dure gewöhnen. Überarbeit und Ausbeutung liegen in fast schamloser Weise ein denn früher, die Preisverzeichnisse sind dadurch geradezu unbrauchbar gemacht. Die meisten Bestenhaber müssen, weil sie das zur Erhaltung der Schleiferei gebrachte Kapital verwalten müssen, darauf bestehen, daß die Bestenhaber ausgenutzt wird. Aber um jeden Preis ist dabei die Lösung. Da werden dann die sonderbarsten Manipulationen gemacht, um Arbeit zu erhalten, ganz besonders da, wo große Unternehmer in Frage kommen. So können wir nachprüfen, daß in einem der größten Geschäfte der Jachtionsleiter von jedem Hundert Scheren seine Bezugszahl von dem Schleifer verlor und erhielt, selbstverständlich ohne das Wissen des Unternehmers. Dafür aber ersieht der Mann immer „gute Arbeit“. Im Buch fürwahr die

bezahlten Löhne dann selbstverständlich mit dem Preisverzeichnis überein. Andere Schleifer wieder lassen Hunderte von Mark von ihrem Arbeitslohn stehen und werden dadurch bevorzugt. Noch kürzlich mußten wir erleben, daß einer der größten Schleifer eines Fachvereins bei dem Zusammenbruch einer Firma mehrere hundert Mark zu bekommen hatte und Himmel und Hölle in Bewegung setzte, um noch etwas zu retten. Der arme Teufel erhielt aber nur das, was beim „Teilen“ übrig blieb.

Es sind also in Solingen „aristokratische“ Familien unter der Arbeiterschaft gebildet worden, die sich mit den Unternehmern und Fabrikationsleitern in den Profit teilen. Und ein Teil dieser „Arbeiteraristokratie“ hat die Führung der einzelnen Fachvereine in den Händen. Man kann sich vorstellen, wie sich die Dinge unter diesen Umständen entwickeln mußten. Von jeher fanden an der Spitze der hiesigen Fachvereine die Messerschleifer. Ihr Wille galt im Kreise Solinger. Es ist aber zunächst offen zuzugeben, daß der Zusammenhalt unter den Messerschleifern maßreguliert wurde und daß auf dieser Grundlage jene Zugeländnisse erreicht wurden, auf die die Leute so stolz wurden. Doch eins ging damit Hand in Hand. Sie sahen mit gar zu hohem Selbstbewußtsein auf die anderen Arbeiterkategorien herab, bei denen die Verhältnisse den Erfolg nicht so garantierten wie bei den Messerschleifern. Ja man ging sogar so weit, die im Kampf für ihre Besserstellung befindlichen anderen Arbeiter dann im Stich zu lassen, wenn die einzelnen Fachvereine am meisten der Hilfe bedurften. Sie selbst hatten sich mit fremder Hilfe emporgearbeitet, an andere dachte man eben später nicht mehr. Da spielten die einzelnen Vorstände die Krogen. Die Solidarität, auf die man sich selbst einmal berufen, versagte beim Kaufse der übrigen Branchen. So wurden Vereine und Vereinen bis in die neueste Zeit hinein gegründet, um nach einiger Zeit wieder zu verschwinden. Gingen sie nicht im Kampf mit den Unternehmern unter, wie der Messerarbeitenverein, so brachten innere Zwistigkeiten und Mangel an Interesse den Verein zum Zerfall. Dieser Zustand hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten, wo die Vereinsmeierei genau noch dieselben Merkmale zeigt wie früher.

Noch eins darf nicht vergessen werden bei der Schilderung der Solinger Verhältnisse: die „Anerkennung“ der einheimischen Arbeiterschaft. Vom Vater auf den Sohn vererbt, sind die einzelnen Berufe für die Fremden seither gesperrt gewesen. Werkzeuge und Werkstätten konnte ein Fremder sich eben nicht so leicht anschaffen und sie, wenn er wegging, wieder mitnehmen. Das Unternehmertum konnte auch die Leute nicht so maßregeln wie an anderen Orten, weil die große Zahl der Heimarbeit und die Vielfachheit der Industrie es ermöglichte, sehr leicht einen anderen Kaufmann zu finden. Das änderte sich, als kapitalkräftige Fabriken errichtet wurden, deren Schaffung die Massenproduktion zur Notwendigkeit machte. Die lokalen Aufträge brachten bestimmte Lieferfristen und forderten eine Exaktheit der Arbeit, wie sie der Handbetrieb nicht garantieren konnte. Den Maschinenfabriken folgten nach und nach immer mehr Unternehmer, auch die Messerindustrie durchzieht sich mit den Fabriken. Werden auch noch nicht alle Teile der Solinger Schneidwaren fabrikmäßig hergestellt, so steht doch unzweifelhaft fest, daß von allen Berufen der handindustriellen Arbeiter schon ein bedeutender Teil in die Fabriken hineingedrängt worden ist. Der größte Fehler, der begangen wurde, war nun der, daß man mit der Organisation nicht in die Fabriken folgte, sondern der Ausnahme der Arbeit in diesen Betrieben die größten Schwierigkeiten bereite. Es kam so weit, daß die, die solche Arbeit annahmen, in Acht und Bann erklärt und aus den Vereinen ausgeschlossen wurden. Nicht genug damit: man ging als „Sozialdemokrat“ in den einzelnen sozialdemokratischen Volksvereinen dazu über, den Ausschluß solcher Leute dort zu fordern und auch durchzusetzen. So wurde ein sehr bekannter und tätiger Gewerkschaftler und Parteigenosse deshalb aus dem Volksverein Höflichkeit entfernt, weil er eine Meisterstelle bei der Firma G. Hammesfahr angenommen hatte.

So spielten sich die Dinge ab, bis die Differenzen im vorigen Jahre bei der schon genannten Firma ausbrachen. Die Messerschleifer glaubten nun, daß die übrigen Gewerkschaften ihnen durch die Hand und dann folgen würden. Wer es getan, der wird heute erkennen, was er für Dummheit dabei gemacht hat. Am besten können die Federmesserschleifer über die Dankbarkeit der Messerschleifer Auskunft geben. Die Fachvereine, vor allen Dingen die Messerschleifer, haben sich hermetisch gegen die Außenwelt abgeschlossen und die ungeliebten Arbeiter sich selbst überlassen. Ein Beispiel davon geben uns die Hestenschleifer, die heute noch als „Bärenhülle“ tituliert werden oder wie man anderswärts sagen würde: „Streikbruder“. Die Arbeiter in diesen Betrieben sind entweder Gesellen, die die Arbeit in der Fabrik vorziehen vor der Arbeit beim Meister, weil sie hier mehr verdienen, oder es sind ungeliebte Arbeiter, die zu der besonderen Arbeit angeleitet worden sind. Diese Bärenhülle überhand besetzt werden und deshalb wurden die „freien Schleifer“ überhaupt keine Hestenschleifer. Erst nachdem man jahrelang vergeblich gekämpft, gab man diese Arbeit wieder frei. Aber dann verlangte man als „Äquivalent“, daß die ungeliebten Arbeiter für die „Geleiteten“ eintreten sollten.

So war es hier schon, ehe der Deutsche Metallarbeiter-Verband eine irgendwie nennenswerte Rolle spielte. Langsam und sicher hat aber der Verband Terrain erobert und nun begann die gemeinsame Interessenvertretung der Arbeiterschaft ohne jeden Unterschied der Branchen. Deshalb sieht man in den alten fahrenden Streifen den Boden mannt, man findet, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband die „Selbständigkeit“ bedroht! Ist es auch Anstoss, was da behauptet wird, so hat es doch Methode. In allen Versammlungen halt es wieder, die bürgerliche Presse kommt in den Ruf mit ein und auch in unserer Presse, der Bergischen Arbeitermann, füllen sich die Spalten mit diesem Vorwurf gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, ohne Widerspruch bei der Redaktion zu finden. In einer der letzten Nummern der Arbeiterstimme verdrach ein solcher Konvulsionssturz folgendes Gloriat:

„So zweifelhaft und vorteilhaft es allerdings für die Solinger Fachvereine wäre, sich darüber klar zu werden, daß die Lohnarbeit ebenfalls durch gewerkschaftliche Beschlüsse besetzt werden kann, wie die Hausindustrie durch die Beschlüsse des Deutschen Metallarbeiter-Berandes, so notwendig ist es, den Grundgedanken dieser Kardinalfrage zu lösen, daß sie unüberwindliche Hindernisse sind. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband kann sich glücklich rufen, das es unter der Solinger Lokalgewerkschaft immer noch festhalten sollte, die in ihrer neuen Gestaltigkeit auf jeden Lohn treu sein, der ihnen gewährt wird. Als ob die Lösung dieser Kardinalfrage auch nur das geringste daran ändern könnte, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband grundsätzlich die Heimarbeit bekämpft und in Konsequenz davon auch alle Bestrebungen der Lokalgewerkschaften, die irgend wie gemeint erscheinen, die Hausindustrie zu kontrollieren. Dafür gehört vor allen Dingen auch die Aufrechterhaltung der Preisverzeichnisse und Qualitäten, natürlich nach Ansicht des Deutschen Metallarbeiter-Berandes. Indes müssen sich die um ihre Bestimmungen betrogenen Friedensstifter beruhigen. Innerhalb der Solinger Lokalgewerkschaften sind klare Köpfe genug, um sich die Lösung und Anerkennung des Deutschen Metallarbeiter-Berandes zu erwirken.“

Also hier die offizielle Gegenwehr gegen die Aufnahme freundschaftlicher Verhältnisse zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und den Lokalgewerkschaften, weil man ein Mittel entdeckt haben will, die Heimarbeit zu kontrollieren, zu verjüngen. Weniger kann man allerdings sein, was dabei herauskommt. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, die Massen der Arbeiter nicht auseinanderzubringen und sie nicht ganz widerstandslos zu machen, sei es uns gestattet, hier auf eine Reihe Dinge einzugehen, die deutlich zeigen, wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Kreise Solinger seine Aufgaben zu erfüllen sucht. Es ist wiederholt in der Metallarbeiter-Zeitung auf den Fachverein der Taschen- und Federmesserschleifer hingewiesen worden, dessen Wünsche auf Regulierung seines Preisverzeichnisses bereits Jahre alt sind. Aber obwohl hier ein alter und bewährter Fachverein in Frage kommt, rückt die Regulierung des Preisverzeichnisses nicht von der Stelle. Fast ist man versucht zu sagen, die Unternehmer bewilligen deshalb nichts, weil die Leute dem Fachverein angehören, der sich nichts zu unternehmen getraut, da ihm die Mittel dazu fehlen. Keiner unserer Kollegen hat

diesen Leuten je die Berechtigung ihrer Forderungen bestritten. Wir halten es sogar für notwendig und es wurde von uns schon lange befürwortet, daß die Meister ihre Ansprüche geltend machen. Trotz der Unzufriedenheit der Meister, die mehr und mehr zum Übertritt in den Verband drängen, haben wir ihnen den Rat gegeben, ihre Reihen nicht zu zerreißen, sondern dafür zu arbeiten, daß die Geschlossenheit erhalten bleibt. Und was die Qualitätsfrage betrifft, so liegen auch da die Dinge anders, als die „führenden Meister“ den Arbeitern weis zu machen suchen. Wir erkennen die Qualitätsfrage als Berechtigung für die Arbeitsleistung für die selbständigen Arbeiter ohne jeden Vorbehalt an, ja: wenn eine Reihe der Lokalgewerkschaften Arbeiter einmal zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übertritten, wird und muß auf dieser Grundlage so lange weiter gearbeitet werden, als Heimarbeiter existieren, wenn wir nicht wollen, daß Regelspizität und Willkür der Unternehmer in bezug auf die zahlenden Löhne Platz greifen soll.

Herr Bruno Pörsch,

der frühere Gewerkschaftler, der vor einiger Zeit zur Hirsch-Dunderei hinüberwechselte, macht bereits einen schätzenswerten Versuch, sich als Gewerkschaftskapitän zu produzieren. In dem Blättchen, dessen Redaktion ihm von den Hirschen anvertraut ist, läßt er sich unter der Überschrift: „Der Deutsche Metallarbeiter-Verband auf der Bergsumpfungsbahn“ folgendermaßen vernehmen:

Der Verband der Gemeindegewerkschaften bestreite bisher die Taktik, die Forderungen der städtischen Arbeiter zunächst in der Form von Petitionen den zuständigen Instanzen zu unterbreiten. Gegen diese Taktik wandten sich die übrigen Gewerkschaften, da sie angeblich zur Verhinderung führen müßte und besonders Herr Schlichte, der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, tat sich in der Beurteilung dieser Taktik hervor, indem er die übrigen Verbandsvorstände zur Annahme einer entsprechenden Resolution veranlaßte. — Bei den gegenwärtigen Lohnbewegungen auf den kaiserlichen Werften in Kiel und Wilhelmshaven, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband leitet, hat nun dieser dieselbe Bahn beschritten, wie der Gemeindegewerkschaften-Verband. — Ja, ja! Die Verhältnisse sind jetzt härter als alle Präzedenzfälle und so muß denn auch der so „mächtige“ Metallarbeiter-Verband den Weg des Bittgesuchs beschreiten. — Das ist auch eine Ironie der Geschichte, Herr Schlichte.

Wir müssen dem Gedächtnis des Herrn Pörsch ein wenig auf die Sprünge helfen. Im Jahre 1904 sah der Berliner Oberbürgermeister Hirsch sich veranlaßt, im Stadtverordnetenkollegium eine Beschlusse über die „gewaltsame“ Beschneidung der Klaffen zu fassen, die „von gewissen Seiten geschickt“ werde und „den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Rechtsordnung“ zum Ziele habe. Darauf veröffentlichte der Vorstand des Gemeindegewerkschaften-Verbandes in Verbindung mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Antwort, worin hervorgehoben wurde, daß der Verband danach strebe, alle Differenzen zwischen den städtischen Verwaltungen und ihren Arbeitern auf möglichst friedliche Weise aus der Welt zu schaffen. Solches Bestreben ist ganz selbstverständlich und es war für Keiner des Gewerkschaftswesens nicht notwendig, dies besonders hervorzuheben. Ansehen erregte aber der Satz:

Der Verband wurde 1896 gegründet; bis zum heutigen Tag hat derselbe noch keine einzige von der Verbandsleitung genehmigte Arbeitssektion aufzuweisen, diese Sektion steht bisher einzig in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung da und spricht mehr wie alle Ausführungen für die aufrichtige Friedensliebe des Verbandes und seiner Leitung.

Zu diesen Ausführungen bemerkte damals das Korrespondenzblatt der Generalkommission sehr richtig: Die Taktik der Gewerkschaften ist durch die Natur der beruflichen Verhältnisse bedingt und die Verhältnisse der Gemeindegewerkschaften sind so wesentlich verschieden von denen anderer Gewerkschaften, daß es zur Erläuterung der geringen Zahl von Streiks in diesen Berufen wahrlich nicht der Betonung eines Gegenstandes hinsichtlich der Friedensliebe dieser und anderer Gewerkschaften bedarf. Daß der Gemeindegewerkschaften-Verband Streiks nicht prinzipiell ausschließt, beweist sein Statut. Aber will der Vorstand dieses Verbandes damit erklären, daß er prinzipiell auf einen den übrigen Gewerkschaften fremden Boden steht? Die letzteren kämpfen doch ebenfalls nur durch Arbeitssektionierung, wenn alle friedlichen Mittel erfolglos erschöpft sind; sie vermeiden den Streik als letztes Mittel nicht, wenn davon allein der Erfolg abhängt. Würde eine Hirsch-Dunderei Gewerkschaftsektion ihre Friedensliebe in dieser Weise betonen, so würde dies mit Recht den Spott der freien Gewerkschaften hervorrufen.

Darauf kündigte Herr Pörsch dem Korrespondenzblatt eine ausführliche Erwiderung an, die in Form einer Denkschrift erscheinen sollte. Dies ist geschehen: die Denkschrift vermochte aber nicht, die Bemerkungen des Korrespondenzblattes zu entkräften. Im Gegenteil erschienen diese erst recht begründet. Nachdem noch nicht zwei Jahre seit der Affäre verstrichen sind, sucht Herr Pörsch die Sache so hinzustellen, als ob der Gemeindegewerkschaften-Verband unter seiner Leitung zunächst nur zu Petitionen griffe. Hätte Herr Pörsch damals eben geschrieben, so hätte er sicher bei den anderen Gewerkschaften nicht den geringsten Widerstand gefunden. Die Figuren zeigt, glaubte er damals oder noch ein übriges tun zu müssen. Dies führte auf der im Oktober 1904 abgehaltenen Konferenz der Vorstände der Zentralverbände zu der von unserm Kollegen Schlichte eingebrachten Resolution, worin ausgesprochen wurde, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, ihre Mitglieder zu selbstbewußten Menschen zu erziehen, die nicht um geringer Vorteile willen auf eines der ihnen zustehenden Rechte verzichten. Dieser Grundsatz mußte auch in den Gewerkschaften aufrecht erhalten werden, die sich einer besonderen Taktik bei Vertretung ihrer Forderungen bedienen. Herr Pörsch hat sich damals nicht dagegen gewehrt, daß man dem Vorstand des Gemeindegewerkschaften-Verbandes die Auffassung zuschrieb, er sei prinzipieller Gegner von Streiks, auch wenn zuvor alle friedlichen Mittel erfolglos erschöpft sind. Dieser Widerspruch zwischen seinen jetzigen Ausführungen und denen von 1904 kann Herr Pörsch doch unmöglich verdrängen geblieben sein. Das er es jetzt aber nicht desto weniger fertig bringt, so zu schreiben, wie oben zitiert, zeugt von großer Unbesonnenheit. Eine gewisse Fertigkeit in der Verdrängung der Tatsachen gehört bekanntlich zu den unentbehrlichen Requisitionen Hirsch-Dundereiher Zypffel. Diese Fertigkeit hat Herr Pörsch sich in überreichem Maße angeeignet.

Um auf die Bewegungen unter den Arbeitern der kaiserlichen Werften zurückzukommen, wollen wir zugeben, daß Herr Pörsch berechtigt gewesen wäre, den dortigen organisierten Arbeitern Vorschläge zu machen, wenn sie sich vor vornherein auf den Standpunkt gestellt hätten, daß es bei den Petitionen unter allen Umständen sein Bewenden haben sollte. Im Gegenteil hat sich gezeigt, daß die Arbeiter entschlossen sind, zum Äußersten zu greifen, wenn alle friedlichen Mittel sich als wirkungslos erweisen und ein Streik Erfolg verspricht. Daß es zum Streik kommen möge, wünscht niemand, am wenigsten wünschen es die beteiligten Arbeiter. Selbst, wenn der Streik notwendig erscheint, werden sie überlegen, ob er Erfolg verspricht und keinen Augenblick die ungeheure Verantwortung vergessen, die auf ihnen laftet. Aus diesem Grunde greifen sie selbstverständlich zunächst zu friedlichen Mitteln. Es scheint in aug, daß diese nicht ohne Erfolg sein werden. In Kiel ist die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in Aussicht gestellt; aus Wilhelmshaven liegt uns eine Mitteilung vor, wonach bereits bekannt gemacht ist, daß am 1. April die neunstündige Arbeitszeit unter entsprechender Lohnaufwertung in Kraft treten soll. Wir sind weit davon entfernt, diese Zugeländnisse zu überhätzen, meinen aber, daß das Reichsmarineamt sich selbst nicht einmal dazu veranlaßt gesehen hätte, wenn es nicht wüßte, daß jezt die Gewerkschaften hinter den Arbeitern stehen. Warum haben die Gewerkschaften denn nicht schon längst versucht, für die Verringerung der Arbeitsverhältnisse auf den kaiserlichen Werften einzutreten, zumal deren Vertreter sich dort von jeher doch einer viel größeren Bewegungsfreiheit erfreuen? Die haben es jedoch vorgezogen, den Sozialpatrioten zu marrieren, sich zur Reichstagswahlbewegung beurlauben zu lassen, um für

Arbeit werden Löhne von 28, 30 Pf. u. f. w. bezahlt. Die Überstunden sollen die Arbeiter dafür entschädigen. 80, 90 und 100 Stunden die Woche sind gar keine Seitenhaken. Aber auch des Sonntags wird viel gearbeitet; wer dazu aber keine Lust hat, der weiß schon was ihm blüht, er wird direkt bestraft, oder er bekommt eine noch schlechtere Arbeit. Eine bessere Bezahlung gibt es für Überstunden und Sonntagsarbeit nicht. Strafen setzt es bei jeder Gelegenheit, es wurden zum Beispiel bestraft: In der mechanischen Werkstatt, in der 200 Mann beschäftigt sind, im Monat November 97 Personen mit à 50 Pf. wegen Zuspätkommen. Bis zum 22. Dezember wurden dann 82 Personen mit je 50 Pf. die Person wegen des gleichen „Vergehens“, am 30. November wurden 10 Mann wegen Vergehen gegen die Fabrikordnung mit Abzug für eine halbe Schicht bestraft. Am 11. Dezember wurden 2 Mann wegen Unachtsamkeit mit einer ganzen Schicht bestraft. Am 19. Dezember 2 Mann wegen Vergehen gegen die Fabrikordnung mit einer ganzen Schicht und 6 Mann mit einer halben Schicht bestraft. Und am 15. Januar dieses Jahres wurden 10 Mann mit à 1 Mk. bestraft, weil sie ihre Kontrollmarken nicht aufgehängt hatten. In der Abfuhr, wo die Arbeiter den ganzen Tag im Regen stehen müssen, sollten vor kurzer Zeit einige Mann bis 8 Uhr abends arbeiten, sie hatten sich aber die „Freiheit“ erlaubt, fünf Minuten früher aufzuhören. Die Folge davon war, daß sie für die Überstunden gar nichts bezahlt erhielten. Anschläge am Brett, mit den Namen der „Missetäter“, kann man bald jeden Tag lesen. So wurde durch Anschlag folgendes zur Kenntnis der Arbeiter gebracht: Der erste Mannemann, bekannt wegen Unregelmäßigkeit, vom 1. Oktober ab 2 Pf. pro Charge weniger. Der Soudio, bekannt wegen Vernachlässigung von 41 Chargen, kein Chargengeld (das Chargengeld ist eine Prämie). Der Choiquenmann Soudio wird mit 10 Mk. bestraft. Man sollte glauben, daß nachdem man bei jeder Gelegenheit Strafen über die Arbeiter verhängt, die Meister, Vorarbeiter u. f. w. sich in jeder Beziehung korrekt gegen die Arbeiter benehmen werden. Aber das ist nicht der Fall. Der Obermeister zieht leicht zum Beispiel in der Beschimpfung der Arbeiter das menschenmögliche: „Saulenzer“, „Maulaffen“, „Man sollte den einen nehmen und den anderen damit um die Ohren schlagen“ — das sind die Liebessprüche, die nicht allein der Obermeister zieht verübt. — Aber nicht diese Firma allein ist es, die in so rigoroser Weise gegen ihre Arbeiter vorgeht, sondern dergleichen Firmen haben wir hier noch eine ganze Anzahl. Trotzdem wundert man sich noch immer in den Unternehmenskreisen, daß die Arbeiter nicht immer noch nach Tausenden vor den Werken stehen und um Arbeit anhalten. Durch die Prestrabanten läßt man jammern, daß man trotz der „guten Löhne“ keine Arbeiter bekommen könne. Daß die Metallarbeiter keine Lust haben, in Vorhand zu arbeiten, das liegt an den erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Wenn die Unternehmer diese verbessern, dann werden sie auch Arbeitskräfte genug erhalten. Aber darauf, daß die Unternehmer selbst etwas in dieser Richtung tun, dürfen die Metallarbeiter sich nicht verlassen. Sollen die Verhältnisse hier bessere werden, ist es notwendig, daß jeder Kollege für unsere Organisation tätig ist.

Düsseldorf. Wir sind gewungen, die Kollegen auf die Firma Marxmann & Petermann (Werkzeugwaren und Schlossfabrik) aufmerksam zu machen. Die Firma sucht des öfteren Arbeiter, Metallgießer etc., hauptsächlich in Herforn, Alfterburg und anderen Plätzen der Gegend. Bei den Engagements wird den Kollegen neben hohem Lohne dauernde Arbeit versprochen. Wir möchten die Kollegen davor warnen, diesen Versprechungen ohne weiteres zu glauben, auf alle Fälle sollten sie erst Erkundigungen bei der hiesigen Verwaltung einziehen. Es ist gar keine Seltenheit, daß Leute, die bis zu 10 Jahren im Betrieb arbeiten, farschender wegen „Mangel an Arbeit“ entlassen werden, vier Wochen später erfolgen dann aber Neueinstellungen. Im vorigen Sommer wurden zwei Schleifer entlassen, die 6 und 8 Jahre bei der Firma beschäftigt waren. Man gab Mangel an Arbeit an. 4 Wochen vorher waren Neueinstellungen erfolgt. Die Neueingestellten waren Leute, die erst angelehrt werden mußten. Als im vorigen Sommer in der Bronzeabteilung Geschäftsstaus herrschte, entließ man Leute, die bis zu 13 Jahren ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hatten. Jüngere Kollegen konnten dabei bleiben. Auch ist versucht man wieder, die älteren Kollegen abzuschieben. Allerdings ist man etwas vorsichtiger geworden, weil man gesehen hat, daß die rigorosen Entlassungen im vorigen Jahre böses Blut erregt haben. Was wartet, bis irgend einer etwas montiert und macht ihn dann in mehr oder minder höflicher Weise auf das bekannte Loch arbeitslos, das der Zimmermann gelassen hat. Besonders ist es Meister Körner, früher in Alfterburg Mitglied des Gewerkschaftsverbandes, der bemüht ist, den Kollegen bei der geringsten Differenz mit der Entlassung aufzuräumen. Natürlich kann sich der Arbeiter, wenn er glaubt, daß ihm Unrecht geschehen ist, bei den Firmeninhabern beschweren. Unsere Dürre heißt jedoch, meinten die Herren im vorigen Jahre, als die Arbeiter die Wahl eines Arbeiterausschusses verlangten. Eigentlich ist nur, daß solche Audienzen immer ergebnislos verlaufen. Natürlich: der beschwerdeführende Arbeiter kommt zum Privatdokter, anwesend sind beide Chefs, außerdem ein Buchhalter und der Meister. Sehr wenig Arbeiter gibt es, die Monate genug besitzen, sich gegen diese Übermacht zu halten. Die beiden Chefs, gewiegte Kaufleute, reden den Arbeiter allein sol. Es ist unangenehm, wenn ein Arbeiter am Schicksal einer solchen Unterredung von einem der Chefs gefragt: Ja, was wollen Sie denn eigentlich? Zierlich unbeliebt sind auch die, die keine Überstunden machen wollen. Man rechnet ihnen vor, was sie nicht alles dabei verdienen können. Allerdings: der Tag hat 24 Stunden, das gibt à 50 Pf. 12 Mk. Was ist ein schöner Verdienst. Die Arbeiter sind aber zu „faul“, um ihn zu erwerben.

Fünfterwald. In dem Niederläufiger Jahrbuchwerk. Inhaber Prochnow, ist es am 31. Januar zum Zustand gekommen. Schon seit Jahren erfolgte dort die Heiligung der einzelnen Arbeiterpreise zu einer Zeit, in der es den Arbeitern nicht möglich war, sich gegen die immer wiederkehrenden Abzüge zu wehren. So auch im Oktober 1905, also zu einer Zeit, wo in der gesamten Jahresindustrie hauer Geschäftsgang herrschte. Herr Prochnow müßte auch im Jahre 1905 diese Zeit aus und hätte im allgemeinen eine 20prozentige Wertberichtigung durch. Der Preis eines Kräftes wurde von 14 Pf. auf 11 Pf. herabgesetzt, dann aber von Oktober bis zum 26. Januar 12 Pf. gezahlt. Die Firma zog auch davon wieder ab. Als die Kollegen deshalb verärgelt wurden, erklärte der Meister mit der ruhigen Miene: „Es wird wohl noch mehr abgezogen werden.“ Das machte die Kollegen fertig und sie gingen darauf zum Chef selbst. Dieser erklärte zwar, daß bis Oktober Abzüge nicht mehr gemacht werden sollen, den einen Preis tag er aber nicht wieder zu. Die Kommission machte verschiedene Vorschläge, zum Beispiel, die Preisfestsetzung auf eine andere Zeit zu verlegen: die bisher 11 1/2 stündige Arbeitszeit und die Einführung eines Arbeiterausschusses kamen zur Sprache. Herr Prochnow schien die Wünsche der Arbeiter erfüllen zu wollen, so glaubten wenigstens unsere Kollegen nach der ganzen Verhandlung annehmen zu dürfen. Am Montag wurde aber plötzlich ein Kommissionsmitglied entlassen, das sich 4 Jahre dort beschäftigt war und Bevollmächtigter der Verwaltungsschleifer war. Die Erklärung darüber war derartig, daß selbst die ältesten Kollegen (Kollegenführer) sich freiwillig erbieten, für den zweifellos Gemäßigten einzutreten. Die Zurücknahme der Entlassung wurde nicht erreicht, im Gegenteil erklärte Herr Prochnow: „Es sind etliche Note hier in meinem Bettel und diese müssen alle hinaus.“ Auch von einem Entgegenkommen, wie aus der früheren Verhandlung geschlossen wurde, war nichts mehr zu hören. In brisanten Tone gab der Herr die Erklärung ab: „Wir sind ja nicht mit einander verheiratet, wenn es nicht paßt, der kann gehen.“ Die Erklärung dieses Verhaltens mag seine Ursache darin haben, daß die Fabrikanten am 27. Januar versammelt waren. Die Schleifer und Schmiedler (14 Mann) gingen darauf am Mittwoch den 31. Januar nicht wieder zur Arbeit, weil sie sich mit Prochnow nicht verheiratet fühlten. Darauf wurde am Mittwoch Mittag allen Arbeitern die Mitteilung gemacht, der Betrieb könne nicht aufrecht erhalten werden, wenn die Arbeiter nicht dafür sorgen, daß die Schleifer wieder kämen. Die Schleifer

lehnten dies ab und damit war die Ansperrung perfekt. — Am 6. Februar ist der Streik beendet worden. Bewilligt wurden: 10 stündige Arbeitszeit (bisher 11 1/2 Stunden), innerhalb 4 Wochen eine 8 bis 10prozentige Lohnerhöhung für Lohnarbeiter. Die Preise für Auftragsarbeiten bleiben bis zum Januar 1907 unverändert und werden dann von neuem festgesetzt.

Frankenthal. Bei der Firma Klein wird es bald unerträglich, ein Abzug folgt dem andern, sogar in Höhe bis 30 Prozent. Bei Albert wird in letzter Zeit ebenfalls abgezogen, unter Berufung (wie bei Klein) auf den technischen Fortschritt, obwohl es diese Firma nicht nötig hätte, noch mehr Profit herauszufinden, da sie im letzten Jahre 10 Prozent Dividende zur Verteilung brachte. Die Firma Baake sucht in auswärtigen Blättern tüchtige Schlosser und Dreher bei „hohem Lohn“, kommt aber ein Kollege an — welche Enttäuschung! 45, 40, 35 Pf. und noch weniger werden ihm bezahlt, jedoch er Frankenthal bald wieder verläßt. Auch hat diese Firma die Gewohnheit, bei den meisten Krankmeldungen (es ist eine Fabrikkrankenkasse vorhanden) die Kündigung auszuhändigen, was gewiß sehr nobel und human ist. Aus dem Angeführten ergeben die Kollegen, wie die Verhältnisse hier sind. Wir machen besonders die Formner darauf aufmerksam, daß, obwohl die jahrelang stillgelegene Eisenhütte wieder eröffnet wurde, genügend Arbeitskräfte vorhanden sind. Es können circa 30 Formner beschäftigt werden, hunderte haben sich jedoch schon aus allen Richtungen gemeldet. Wenn man dieses hört, könnte man glauben, die Verhältnisse wären gute. Dem ist aber nicht so. Bei einem Verdienst, der in den meisten Fällen unter 5 Mk. bleibt, ist es hier absolut nicht glänzend. Gar mancher Kollege kam hierher, arbeitete 3 Wochen und erhielt dann soviel Lohn, daß er nicht einmal Kost und Logis bezahlen konnte. Wir ersuchen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse, das zu berücksichtigen. Den Frankenthaler Kollegen rufen wir zu: kümmert euch mehr um eure Organisation!

Frankfurt a. M. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 31. Januar ihre Generalversammlung ab. Kollege Ulrich erstattete zunächst den Jahresbericht vom 4. Quartal. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 23992,70 Mk. In Ausgaben sind zu erwähnen unter anderem Reisegehalt 782 Mk., Unzugunterstützung 125 Mk., Ortsunterstützung 429 Mk., Gewerbesteuerunterstützung 47 Mk., in Postfällen nach § 2c des Statuts 220 Mk., Rechtschutz 94,40 Mk. An die Hauptkasse gelangte 16100 Mk. Die Lokalkasse hatte im 4. Quartal eine Einnahme von 855,45 Mk., die Ausgaben betragen 5330,80 Mk. Im Schluß des 4. Quartals betrug der Lokalkassenbestand 15702,64 Mk. Übergelend auf den Jahresbericht, der den Kollegen gedruckt vorlag, behandelte Kollege Ulrich die hauptwichtigsten Einnahme- und Ausgabebelegen des Jahres 1905. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 75045,50 Mk. Ausgabebücher wurden am Reizegehalt 782 Mk., Arbeitslohnunterstützung 468,55 Mk., Streikunterstützung 693,20 Mk., Maßregelungsunterstützung 964,20 Mk., in besonderen Postfällen 1150 Mk., Rechtschutz 660,28 Mk., Unzugunterstützung 550 Mk. An die Hauptkasse wurden eingelangt 44900 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Jahres-einnahme von 87176,13 Mk. Aus den Ausgaben seien erwähnt 2700 Mk. an die Bergarbeiter, örtliche Streikunterstützung 2138,10 Mk., an die russischen Revolutionäre 200 Mk. u. f. w. Der Bevollmächtigte, Kollege Dismann, ging zunächst in seinem Geschäftsbericht für das 4. Quartal ein auf die Differenzen, deren 17 im verfloffenen Quartal zu verzeichnen waren. In 7 Fällen wurde eine Lohnerhöhung erreicht, in 3 Fällen verbunden mit einer Verkürzung der Arbeitszeit, in 4 Fällen entstandene Differenzen wegen Maßregelungen, die in 2 Fällen einen Erfolg für uns brachten; in 6 anderen Fällen waren die verschiedensten Ursachen Anlaß zu einem Konflikt mit dem Unternehmer, deren Endresultat meist den Kollegen den Erfolg brachte. Die Mitgliederzahl liegt im verfloffenen Quartal wieder in erfreulicher Weise und zwar von 3650 am Schluß des 3. Quartals auf 4252 Mitglieder am Jahreschluß 1905, mithin eine Steigerung von 602 Mitgliedern im 4. Quartal. Kollege Dismann wies dann zunächst auf die Bewegungen des verfloffenen Jahres hin, die im Jahresbericht nach den einzelnen Betrieben geordnet in kurzen Zügen wiedergegeben sind. Haben die Kollegen nach besten Kräften versucht, ihre Interessen im verfloffenen Jahre wahrzunehmen, so war dies doch den Metallarbeitern am Orte leider nur bis zu einem gewissen Grade möglich, indem die Organisation noch längst nicht der Zahl der am Orte beschäftigten Betriebskollegen entspricht. Die verschiedensten Faktoren haben der Organisation in den ersten Monaten des verfloffenen Jahres empfindliche Wunden geschlagen und die Mitgliederzahl erheblich geschwächt. Beim Abschluß des 2. Quartals 1905 hatte die Verwaltungsjahre ihre niedrige Mitgliederzahl. Heute hat sich die Organisation längst wieder erholt und nicht nur nach der Zahl der Mitglieder. Vor allen Dingen in dem inneren Ausbau der Organisation die größte Aufmerksamkeit geschenkt worden; dieselbe steht heute in ganz anderer Form, innerlich geschlossen, da, wie es vor Jahresfrist der Fall war, fehlten am Jahreschluß auch noch 35 Mitglieder an der Zahl vor Jahresfrist, so ist diese Zahl heute längst überschritten; der Monat Januar brachte die Zahl der Mitglieder bereits auf 4450. Im übrigen sind die allgemeinen Erfahrungen zufriedenstellend. Kollege Dismann schloß seine Ausführungen mit einem warmen Appell an die Kollegen, alles daran zu setzen, damit uns das Jahr 1906 mindestens um einige tausend Mitglieder vorwärts bringt. In der Diskussion ergriff der Kaiser- und Jahresbericht eine eingehende Besprechung. Allgemein wurde der Genehmigung Ausdruck gegeben, daß die Organisation sich wieder in aufsteigender Linie befindet, zu den besten Hoffnungen fürs laufende Jahr berechtigend. Die Tätigkeit der Verwaltung land die Anerkennung der Versammlung. Bei den Neuwahlen zur Ortsverwaltung wurde Kollege Dismann einstimmig wieder als Bevollmächtigter gewählt. Wiedererwählt wurden von der alten Ortsverwaltung die Kollegen Weingärtner, Ziegler, Wirth, Müller, Vogt, Bartsch und Bremerstrüth; neu gewählt wurde der Kollege Baster. Zu der Vertretungskommission der Bezirksleitung wurden gewählt die Kollegen Langemann und Ziegler; ersterer Kollege gehörte derselben bereits an. Sodann beschloß die Versammlung mit der Annahme eines dritten Beamten. Kollege Dismann begründete den Antrag, der von der engeren Ortsverwaltung, den Agitationskommissionen und den Vertrauensleuten der Generalversammlung unterstützt war. Mit der stetig steigenden Mitgliederzahl ist auch ein Mehr an Arbeit für die Verwaltung zu verzeichnen. Hinzukommen die verschiedensten Aufgaben, denen sich die Verwaltung bisher nur in ungenügender Form widmen konnte; es müssen aber Vorkehrungen getroffen werden, den Anforderungen, die das Jahr 1906 an uns stellen wird, in vollem Umfang gerecht werden zu können. Als Redner sprachen sich in bejahendem Sinne zu dem Antrag aus, an der Hand der verschiedenen Einzelheiten auf die Notwendigkeit der Anstellung eines dritten Beamten hinweisend. Gegen 2 Stimmen wurde dem auch dem vorliegenden Antrag zugestimmt.

Mainz. Am 27. Januar tagte die jährliche Generalversammlung der hiesigen Kreisverwaltungsstelle. Nachdem die Abrechnung vom 4. Quartal, die bereits der Kreisvertrauensmännerprüfung vorgelegt hatte, bekanntgegeben und für richtig befunden worden war, wies der Geschäftsführer einen Rückblick auf das verfloffene Jahr. Durch den Wechsel des Geschäftsführers wurden erklärlicherweise viele Fäden zerrissen, zumal die Verwaltungsstelle sich auf 6 bis 8 Stunden im Umkreise erstreckt und 25 bis 30 Ortsgruppen umfaßt. Es fehlte deshalb eine bis auf die Anfänge des Jahres zurückreichende volle Übersicht, um ein getreues Spiegelbild der Tätigkeit im ganzen Jahre entwerfen zu können. Aus diesem besonderen Grunde unterließ es auch die Verwaltung einen gedruckten Jahresbericht zu geben. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des 4. Quartals 1905 1102 und steigerte sich bis zum Schluß des Jahres auf 1750, der Markenumsatz von 10720 auf 19660 Stück. Es ist somit unverkennbar auch hier ein Fortschritt zu verzeichnen. Wie wir schon einmal in diesem Blatte bemerkt haben, war es die brutale Ausperrungstätigkeit der Herren Unternehmer in Nürnberg und Augsburg, die es bewirkte, daß die bisher indifferenten Arbeiter auf dem Bruderwerk in Gupfahsburg u. f. w. der Organisation zugeführt wurden. Dem raschen Schaffen der Vertrauensmänner und der Beitragkassierer ist es zu danken, daß die gemachten Fortschritte erreicht worden sind. Sie gut gelangene Fortbewegung der Schleifer bei den Opelwerken in

Rüßelsheim hat auch dort wieder einen lebhaften Impuls für die Stärkung der Organisation gegeben. Nach kurzer Debatte wurde der Verwaltung und dem Geschäftsführer einstimmig Decharge erteilt. Die bisherige Verwaltung wurde wiedergewählt. Sodann wurde nach eingehender Debatte beschlossen, den im März in Berlin stattfindenden Schugkongress aller in der Schifffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter zu besuchen. Als Delegierter wurde Kollege Biehler gewählt. Verschiedene Mißstände auf der hiesigen Werft (Firma Ruffhof) wurden einer Kritik unterzogen. Als Teilnehmer an der Exkursion zur ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg wurde der Bevollmächtigte Thomas in Vorschlag gebracht.

Offenbach a. M. Der Streik der Formner bei der Firma Fredenhagen wird nun in verschärfter Form weitergeführt werden, da die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht an der geradezu ungläublichen Halsstarrigkeit des Herrn Fredenhagen gescheitert sind. Wer nicht nach meiner Weise tanzt, der muß auf der Strecke bleiben, so der Nachdruck dieses Herrn. Auf Veranlassung des Gewerbegerichtes wurde dasselbe als Einigungsamt von beiden Seiten angetragen. Die Streitenden haben je von Anfang an gezeigt, daß sie gewillt sind, die Differenzen auf gutlichem Wege beizulegen. Was tritt aber nun bezwischen? Die schwarzen Listen! Diese, auf Antrag des Metallindustriellenverbandes in Umlauf gesetzt, begannen ihren Zweck bereits zu erfüllen, wurden doch Arbeiter, die von Fredenhagen infolge des Streiks entlassen wurden, aber mit dem Streik gar nichts zu tun haben, bei anderen Unternehmern mit dem Bemerkten abgewiesen: „Wer von Fredenhagen kommt, wird bei uns nicht eingestellt.“ Damit nun vom Einigungsamt kein Schicksalspruch gefällt werden konnte, hat Fredenhagen seine Erklärung, daß er das Einigungsamt anrufe, wieder zurückgezogen. Herr im Hause will Herr Fredenhagen sein, so sagt er wenigstens seinen Arbeitern gegenüber, im übrigen befehlt der Scharfmacherverband. Die schwarze Liste hat schon gewirkt. Streitende, die Arbeit bei andern Firmen erhielten, wurden wieder entlassen, so in Kachen, Wezlar und Kaiserlautern. Währenddessen sucht Fredenhagen mit einigen „tüchtigen“ Formnern, dem Gupfahsburger Weggeißer aus Eschfeld, dem früheren Vätergeißler und jetzigen Formnahmsmeister Seiler und dem Formnermeister Großmann, weiter zu wirtzeln. Mag Herr Fredenhagen mit diesen Leuten weiter Ausschau machen, die Organisation wird dafür sorgen, daß kein geübter, tüchtiger Formner die Gießerei des Herrn Fredenhagen verläßt. Die Streitenden haben die öffentliche Meinung auf ihrer Seite. Der Vorsitzende des Gewerbegerichtes selbst erklärte: auf so einen hartnäckigen Standpunkt darf man sich doch nicht stellen. Das war ja gerade ausgebrochen, aber wenn es einmal von dieser Stelle ausgeht, dann muß das Verhalten eines Unternehmers schon rigoros genannt werden. Wie rigoros bei dieser Firma gehandelt wird, zeigt der Fall, wo man von einem Arbeiter verlangte, sich 4 Mk. Strafe absetzen zu lassen, weil er nicht sofort mit der Meduzierung seines Lohnes einverstanden war. Der betreffende Arbeiter hat sich die um seinetwillen ausgebrochenen Differenzen so zu Herzen genommen, daß er geisteskrank wurde. An der Solidarität der Arbeiter wird aber der Heeresstandpunkt der Firma scheitern. Wie im vorigen Bericht über diese Angelegenheit, so kann auch diesmal gemeldet werden, daß andere Unternehmer weit vernünftiger handeln. Die Firmen Ulrich & Co. sowie Schröder & Co. haben ebenfalls unter Aufrechterhaltung der seitigen Lohnverhältnisse und Befreiung einiger Auftragspreise die unrentablen Arbeitszeit eingekürzt. Die Firma Offenbacher Schraubenindustrie hat unter Hinzuziehung eines Vertreters der Organisation die Arbeitszeit von 61 auf 56 Stunden reduziert und für alle Lohnarbeiter einen Minimallohn eingeführt. — In drei überaus zahlreich besuchten Fabrikversammlungen der Firma Mayer & Schmidt nahmen die Arbeiter Stellung zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen im Betrieb. Einstimmig war man der Meinung, daß die Zeit gekommen sei, um einige Verbesserungen von der Firma zu verlangen. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde beauftragt, die Forderungen der Arbeiter zu formulieren und der Firma zu unterbreiten. Verlangt wurde: Errichtung eines neuen Besprechungs-, eine zweite Kontrolle und sonstige sanitäre Verbesserungen, Erhöhung der einzelnen Stundenlöhne für alle Arbeiter um 5 Pf., für Überstunden 20 Prozent Zuschlag. Die 10 Minuten Arbeitszeit nach 7 Uhr abends sollen in Regelfall kommen. Die Firma sah ein, daß es den Arbeitern ernst war, ihr Verlangen mit Nachdruck zu verteidigen; zumal machten die Arbeiter eine Stunde früher Feierabend, um die Forderungen zu beraten. Anerkannt muß werden, daß die Firma in sehr loyaler Weise den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes empfangen und jedenfalls auch gefunden hat, daß es ratsam ist, mit den Vertretern der Arbeiter zu unterhandeln. Die Firma war schließlich bereit, den jüngeren Arbeitern eine Lohnerhöhung von 2 Pf., den Älteren eine solche von 3 Pf. die Stunde und außerdem einen Zuschlag von 20 Pf. für Überstunden zu gewähren. Die übrigen Wünsche wurden ebenfalls genehmigt. Das sagt die Firma Fredenhagen dazu, die einem Arbeiter summiert, 4 Mk. Strafe zu zahlen, weil er sich nicht gleich gefällig lassen wollte, daß ihm Abzüge gemacht werden? Der guten Organisation der Arbeiter der Firma Mayer & Schmidt und dem verständnisvollen Entgegenkommen der Firma ist es zu danken, daß ein Konflikt vermieden wurde.

Wag. Wir warnen alle Metallarbeiter, besonders die Hüttenarbeiter, vor Antrittnahme in den Hütten der Prager Eisenindustriegeellschaft in Kaduz (Böhmen). Die Firma will in ihren Betrieben keinen organisierten Arbeiter dulden und entläßt formwährend die Vertrauensmänner. Die Betriebsingenieure waren auch nach Demüßigung, Arbeiter angeworben. Zugang ist aber nicht erlaubt, jeder Arbeiter, der trotz unserer Warnung in den Werken Arbeit annimmt, wird für einen Streikbrecher gehalten.

Mottenburg i. Westfalen. Eine am 21. Januar abgehaltene öffentliche Metallarbeiter-Versammlung hatte den Zweck, der hiesigen Verwaltungsjahre des Deutschen Metallarbeiterverbandes neue Mitglieder zuzuführen. Das ist denn auch gelungen, wir hatten eine stattliche Anzahl Neuzugewinnungen zu verzeichnen. Kollege Borhölzer referierte über die Zustände in der Metallindustrie, die er in scharfer Beleuchtung rügte. Der Redner ergriff für seine trefflichen und interessanten Ausführungen lebhaften Beifall. Unsere Behörden erzeigten uns wieder eine erpöckliche Aufmerksamkeit. Dem Oberamt war der Stationskommandant, vom Stadtschultheißenamt der Polizeiwachmeister zu der Versammlung delegiert. Der Referent kritisierte gleich zu Anfang dieses Vorgehens der Behörden und betonte, daß man die Beamten irgendwo anders jedenfalls besser hätte verwenden können und ihnen ihre freie Zeit nicht zu rauben brauchte. Wie recht der Redner damit hatte, beweist die Tatsache, daß zu gleicher Zeit, in der die Metallarbeiter-Versammlung tagte, eine Anzahl Studenten zu Übungen auf dem hiesigen Marktplatz vor der Polizeiwache einen kolossalen Lärm verübten. Sie sangen Unterliedern, für Franzosenzimmer geeignet, zogen diese über ihre andere Kleidung an, hängten ganze Ketten Wächte um sich und zogen so über den Marktplatz, einen großen Lärm veranlassend. Polizei war jedoch nirgends zu finden. Gäßen Sozialdemokraten einer dergleichen Übung verübt, dann würde unsere schwarze Garde wieder über die „verrottete Gesellschaft“ hergefallen sein. Aber so waren es junge Leute, die später einmal genau nach ihrem Dienst über Recht und Gesetz wachen, und da wegen der schwarzen Speiser nicht heran. Nun, uns haben diese euzerordentlichen „Vorrichtungsarbeiten“ keinen Abbruch getan; im Gegenteil! Die Zahl der Motzenburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes steht heute festgesetzt da, und wir werden dafür sorgen, daß sie immer mehr blüht und gedeiht — trotz oder gerade wegen des Widerstands, den man in der Bischofsstadt der modernen Arbeiterbewegung entgegenzusetzen beliebt.

Rüßelsheim. In der Fahrt für Fahrten, Nähmaschinen-, Motorrad- und Automobilbau von Adam Opel, das es bisher nur ein Geschäft, das die Werkhüter, Meister und dergleichen sollte. Der ganze Beamtenstab blieb „in der Familie“ und „in der Verwandtschaft“. Schnurrig und knurrig ist es da oft hergegangen. Das nicht genug damit, zu dieser dynamischen älteren Linie gesellt sich jetzt

den Missethänden in ihrer Fabrik. Das Referat hielt der Beamte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Gemoll. Am Schluß des Referats forderte er zum Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband auf, welcher Aufforderung sich Schmidt kurz anschloß. Gemoll und Schmidt erhielten darauf Anklagen wegen Übertretung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes, weil sie in einer Versammlung, die der Anmeldung bei der Polizei bedürftig hätte, die aber nicht angemeldet war, als Redner aufgetreten seien. — Das Landgericht Gießen als Berufungsinstanz sprach die Angeklagten jedoch frei. Es ließ dahingestellt, ob die Aufforderung, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten, schon eine Erörterung einer öffentlichen Angelegenheit sei. Es ging davon aus, daß es sich schon aus einem anderen Grunde nicht um eine Versammlung im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes handele. Nach § 1 seien nur anmeldepflichtig solche Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Demnach müsse dies der vorher bestimmte Zweck sein. Hier wäre aber nach der Bemerkung anzunehmen, daß Gemoll nicht als Verbandsgeschäftsführer, sondern lediglich als guter Redner, der mit den Arbeiterverhältnissen Bekanntschaft wisse, zum Referat bestimmt worden sei, und daß er nicht vom Einberufer den Auftrag gehabt hätte, für den Verband zu agitieren. Es hätten also öffentliche Angelegenheiten nicht erörtert werden sollen, so daß es nicht darauf ankäme, wenn solche tatsächlich mit berührt wären. Somit rechtfertigte sich die Freisprechung. — Das Kammergericht hob indessen auf die Revision der Staatsanwaltschaft hin das freisprechende Urteil wieder auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück, indem es ausführte: Nicht stichhaltig sei die Auffassung des Landgerichts, daß es nicht darauf ankäme, wenn tatsächlich erörtert werde. Vielmehr sei davon auszugehen: Wenn in einer nichtmeldepflichtigen und nicht angemeldeten Versammlung Dinge zur Sprache kämen, die nur in angemeldeten Versammlungen erörtert werden dürften, dann sei es Sache des Leiters, die Redner hinzuweisen, sich einzuschränken. Geschehe das nicht, dann sei die Versammlung zu einer anmeldepflichtigen geworden, und Leiter und Redner könnten dann auf Grund des § 12 wegen Übertretung des § 1 des Vereinsgesetzes bestraft werden.

Wieder eine Verurteilung von Streikposten.

Widerspruch auf Widerspruch hat die deutsche Rechtsprechung gezeigt, wenn es sich um die Verurteilung des Streikpostenwesens handelt. Das Landgericht München I hat neuerdings ein Urteil gefällt, das unserer Meinung nach gänzlich unbillig ist und einen unerhörten Eingriff in das Koalitionsrecht bedeutet. Der Sachverhalt ist nach der Münchener Post kurz folgender: Gänzlich der Lohnbewegung der Möbeltransporteure im September vorigen Jahres wurde die Arbeit bei jenen Firmen, die die Forderungen des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter Deutschlands, Filiale München, nicht akzeptierten, die Arbeit eingestellt. Die Polizeidirektion München wies darauf die Schutzmannschaft an, fortab alle Streikposten vom Plage wegzuweifen und gegen sie wegen Übertretung straßenpolizeilicher Vorschriften einzuschreiten. Wegen einer solchen Übertretung wurde auch gegen den Möbeltransporteur Georg Gruber, der am 20. September vormittags in der Richard Wagnerstraße, wo ein Umzug nach Berlin vollzogen wurde, Streikposten stand, eine Anzeige erstattet. Das Schönfeldgericht lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab, da der Angeklagte berechtigt war, Streikposten zu stehen. Auch diese Tätigkeit allein sei irgend ein Gesetz nicht verletzt und der Verstoß gegen die öffentliche Ordnung weder gefordert noch beeinträchtigt worden. Gegen diesen Beschluß ergriß der Staatsanwalt das Rechtsmittel der Beschwerde zum Landgericht München I, das den erwähnten Beschluß aufhob und den Fall zur Aburteilung wegen einer straßenpolizeilichen Übertretung an das Schönfeldgericht verwies. In der schöffengerichtlichen Verhandlung deponierten die Schutzleute Bödich und Gehauf, daß sie an den Angeklagten mehrmals die Aufforderung ergehen ließen, den Platz zu verlassen, nicht etwa, weil es nötig gewesen wäre, um den Verkehr an Ort und Stelle zu regeln oder eine Verkehrsbehinderung hintanzuhalten, da das Benehmen des Gruber weder verkehrshindernd noch verkehrshindernd war, sondern weil sie den ihnen gewordenen Auftrag der Polizeidirektion, Streikposten einfach wegzuweifen, erfüllen mußten. Schutzmann Gehauf hätte überhaupt keinen Anlaß genommen, Gruber wegzuweifen, wenn dieser auf seine Frage nicht erklärt hätte, daß er Streikposten sei. Das Schönfeldgericht sprach den Gruber unter Überbürdung der Kosten auf die Staatskasse frei. In den Urteilsgründen ist festgestellt, daß der Angeklagte berechtigt war, Streikposten zu stehen, da diese Tätigkeit allein irgend ein Gesetz nicht verletzt. Er habe sich daher auf der Straße so lange an einem Plage bewegen dürfen, als dadurch der Verkehr oder die öffentliche Ordnung nicht gefordert oder beeinträchtigt wurde. Vom Standpunkt der Verkehrsregelung aus hätte der Schutzmann Gehauf zugestandenermaßen nicht die mindeste Veranlassung gehabt, den Angeklagten vom Plage wegzuweifen; er habe nicht aus diesem Grunde, sondern der ihm zuteil gewordenen höheren Weisung zufolge gehandelt. Da aber die ihm erteilte Weisung nur von dem Gesichtspunkt der Regelung des Verkehrs und der Aufrechterhaltung der Ordnung ergehen konnte, Verkehr und Ordnung durch das Verhalten Grubers weder gefordert noch beeinträchtigt war, hatte sich Gruber einer Übertretung straßenpolizeilicher Vorschriften auch nicht schuldig gemacht. Auch gegen dieses Urteil hat der Staatsanwalt „auf höhere Weisung“ Revision eingelegt. Der Staatsanwalt begründete die Berufung damit, daß nach seiner Ansicht die Polizei befugt sei, die Aufstellung von Streikposten zu untersagen, weil es nahe liegt, daß es zwischen den Streikposten und dem Arbeitswilligen zu Auseinandersetzungen kommt, wodurch die öffentliche Ordnung und der Verkehr gefährdet werden kann. Der Staatsanwalt beantragte Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils und Verurteilung des Gruber in eine Geldstrafe von 5 Mk. — Verteidiger Rechtsanwalt Hubmann meinte, daß die Polizei, die berufen sei, die Gesehe aufrecht zu erhalten, in diesem Falle eine Gesetzesverletzung begangen habe. Wie komme die Polizeidirektion dazu, gegen die Streikposten aufzutreten trotz der Tatsache, daß das Streikpostenstehen reichsgerichtlich anerkannt und reichsgerichtlich festgelegt sei. Wenn die Polizeidirektion verfüge, Streikposten stehen wegzuweifen, so habe sie etwas getan, was ungesetzlich ist und die Schutzleute, die entsprechend dieser Verfügung handelten, verstoßen gegen Recht und Gesetz. Die Streikposten haben nicht nur die Pflicht, die Bewegung zu überwachen, sondern auch für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Redner beantragte, die Berufung des Staatsanwaltes zu verwerfen. Das Berufungsgericht hob jedoch das schöffengerichtliche Urteil auf und beurteilte Gruber wegen einer Übertretung des Art. 76 der verfassungsmäßigen Vorschriften zu einer Geldstrafe von 5 Mk. eventuell einem Tag Haft und zur Ertragung der Kosten der ersten und zweiten Instanz. In den Gründen heißt es: Gruber habe die Aufforderung, den Platz zu verlassen, nicht befolgt und mußte schließlich circa 100 Meter geschoben und gepackt werden. Dadurch habe er sich einer Übertretung des Art. 76 der verfassungsmäßigen Vorschriften vom Jahre 1892 schuldig gemacht. Wenn man ihn, wenn sich die Schutzleute auf einen Platz über den Zweck oder die Berechtigung des Streikpostenstehens einlassen würden, das wäre die reinste Anarchie! Die Polizei ist berechtigt, Vorschriften zu erlassen, die zur Regelung des Verkehrs und Pläzes notwendig sind. Der Angeklagte mußte der Anordnung Folge leisten, vorbehaltlich seines Beschwerderechts.

Zwei brave Arbeitswillige

sind in Nürnberg als Mörder überführt worden. Im Sommer 1904 war in dem Betrieb der Fränkischen Schuhfabriken in Nürnberg ein Streik ausgebrochen. Die Direktion gab sich alle Mühe, grävende Arbeitswillige heranzuziehen, und die Polizei nahm sich der Hausreißer besonders lebhaft an, um sie zu verbieten, daß sie von den Streikenden abgezogen würden. Es gab deshalb einen unheimlichen Zwischenfall. Zwei von den Streikbrechern, die Arbeiter Fiedler und Kreuzer, benahmten sich besonders aggressiv gegen die Streikenden und wurden deshalb von Unternehmern als Hausarbeiter gelobt. Die beiden sind nun als Mörder überführt worden. Sie haben vor einigen Wochen in Gemeinschaft mit einem dritten Kollegen in der Wirtshaus in ihrer Wohnung ermordet und beraubt.

Wie es gemacht wird.

Was alles angeht wird, um dem Florentin Vorschub zu leisten, geht aus folgendem hervor: Den Arbeitern der Rheinischen Stahlwerke in Weiderrich wurde eine Petition an den Reichstag vorgelegt, worin er aufgeführt wird, eine möglichst starke Forderung zu schaffen. Was jetzt zu schaffen beabsichtigt ist, sei völlig ungenügend. Natürlich geschieht das Unterschreiben der Petition „ganz freiwillig“. Man weiß ja, wie das gemacht wird. Ein Teil der dortigen Arbeiterschaft ist infolge der jahrzehntelangen an ihnen von pfläcker Seite verübten Verdrummung nach so wenig über seine wahren Interessen aufgeklärt, daß es tatsächlich keines besonderen Zwanges mehr bedarf, sie zu diesem Schritte zu veranlassen, der den Volksinteressen schmerzhaft ins Gesicht schlägt. Ein Teil von den Arbeitern, die dies schon begriffen haben, wagt nicht, gegen den Stachel zu löten und fühlt sich gezwungen, auch seinen Namen zu solchem Humbug herzugeben, wenn er nicht Gefahr laufen will, daß das Unternehmertum ihn auf die Straße wirft, um andere einzufüllen, die gewillt sind, dem Unternehmertum nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch ihre Gesundheit zu verkaufen. So erzwungen die Fortschritte auch sind, die die Arbeiterbewegung selbst in dieser schwarzen Gegend macht, so zeigt dieser Vorgang doch aufs neue, daß noch eine gewaltige Aufklärungsarbeit zu leisten ist, um die von Schlotjunker und Pfaffen künstlich verstärkte Geistesnacht zu verschrecken.

Hirsch-Dumckeriana.

Auf der Agitationsreise. Vorige Woche, schreibt die Fränkische Tagespost am 3. Februar, war Herr Gleichauf, einer der Berliner Hirsch-Dumcker-Schüler, in Nürnberg, um sich beim Gericht eine Blamage zu holen. Diese Gelegenheit benützte er dazu, um die hiesigen Hirsche ein wenig „aufzuklären“. In die Wirtshaus zum Oberbarnum wurde eine Versammlung einberufen, die Herr David Käfer mit den Worten eröffnete: „Berühmteste Gewerkschaftsgenossen, ich danke für den zahlreichen Besuch, denn heute ist unser Kollege Gleichauf erschienen, der uns nicht allein in der Presse, sondern auch vor Gericht zu vertreten weiß.“ Wahrscheinlich wollte Davidchen damit auf den Prozeß Müller-Gleichauf anspielen, der eine Hirsch-Dumckerische Häubergeschichte enthüllt hat. Dann nahm Herr Gleichauf das Wort, um über den Deutschen Metallarbeiter-Verband und die christlichen Arbeitervereine sein Urteil zu fällen. Die „Nachteile“ dieser beiden Organisationen seien darin zu erblicken, daß die politischen Führer Zwillingigkeiten unter die Gewerkschaftsführer zu bringen suchten; nur „neure“ Gewerkschaft stehe auf neutralem Boden, doch müßte auch sie jetzt eine andere Politik einschlagen, so lange sie aber nicht stark genug sei, müsse sie sich einem Kandidaten nähern, der durch Unterschrift verspreche, die Hirsch-Dumckerischen Wünsche in Reichs- und Landtag zu vertreten, und da könnten nur Abgeordnete der freiwirtschaftlichen Volkspartei, mit allen ihren Schattierungen, in Betracht kommen. „Und die Jungliberalen“, raunte ihm Davidchen ins Ohr. Konservativer und Nationalliberaler könne man dazu nicht brauchen und ein Sozialdemokrat würde sich nicht dazu verstehen, aus Furcht, hinausgeworfen zu werden. Ferner meinte er, der „sozialdemokratische“ Metallarbeiter-Verband jorge für das irdische und die Christlichen für das himmlische Wohl, für was die Hirschen sorgen wollen, verriet er jedoch nicht, wahrscheinlich bestimmten sie sich weder um das eine noch um das andere. Am Schluß der Versammlung forderte Herr Gleichauf seine Hirschen auf, noch ein Ständchen da zu bleiben, er habe noch etwas für sie in der Tasche. Er erzählte den atemlos lauschenden Schäflein eine ichöne erbauliche Geschichte. Eine nervöse Frau kam zum Arzte und sagte, sie habe ein Zwangsmarkfieber verliert. Der Hausarzt kam aber bald dahinter, daß es nur Einbildung war und gab der Frau eine Medizin, die sie nehmen sollte. Dem Dienstmädchen gab er ein Zwangsmarkfieber, das sollte sie in den Nachttopf tun. Dem Mädchen war aber das Goldstück schon, sie tat es daher in die Spardose und in den Nachttopf sechs Taler und ein Zwangsmarkfieber. Die Frau erschrak nicht schlecht, als sie die Versicherung bemerkte; bemache glaube sie, sie hätte außer dem Zwangsmarkfieber auch noch einen Geldwechsler verschluckt. Der Arzt beruhigte sie mit den Worten: „Sie sind halt in den Wechseljahren.“ — Die Geschichte gefiel den Hirschen fast besser als der Gleichaufsche Vortrag. Als er sich verabschiedete, jagte er, wenn er wieder nach Nürnberg komme, schreibe er einen scharfen Artikel über „den Müller“. — Es ist besonders wohlwollend, zu sehen, wie nützlich „Aufklärungsarbeiten“ die Oberbarnen der Hirschen obliegen, im Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern, die „auslos in der Welt herumfahren und das Geld vertun“.

„Logit“. Wie bekannt, hat der Hirsch-Dumckerische Metallarbeiterführer Gleichauf Berlin aus Anlaß des christlich-katholischen Beschlusses — Hirsch-Dumckerische nicht mehr in katholischen Arbeitervereinen zu dulden — eine Audienz beim Kölner Erzbischof nachgesucht. Es wurde ihm gesagt, er solle noch einmal wiederkommen und zwei katholische Gewerkschaftsmitglieder mitbringen. Das geschah denn auch. Aber keiner von den dreien wurde vorgelassen. Man verwies sie an den bekannten Herrn Pieper in M.-Gladbach, Generalsekretär der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands. Den „guten Rat“ befolgte Gleichauf nicht. Jedenfalls dachte er, es hat keinen Zweck, den Zettel bei seiner Grossmutter zu verlagern. In Nr. 4 seines Regulator berichtet Gleichauf nun über seinen Kölner Sitzgang. Er kommt da ob der erfolgten Abweisung zu folgender Schlussfolgerung: „Da der Herr Erzbischof in dieser außerordentlich klar und einfach liegenden Frage keine direkte Stellung nehmen wollte, kann nur eines gefolgert werden — der Herr Erzbischof lehnte es ab, solche Beschlüsse, wonach katholische Arbeiter, die dem Gewerksverein angehören, nicht mehr in die katholischen Arbeitervereine aufgenommen werden sollen, mit seinem Namen zu decken.“ Das sagte genug, der Zweck der geplanten Audienz war auch so erreicht.

Also, der Herr Erzbischof ist derselben Meinung wie Gleichauf, darum hat er ihn — nicht empfangen. Auch eine Logit.

Der Polizeikommissar als christlicher Agitator.

Aus Köln a. d. R. nahe wird berichtet: Wegen angeblich ungesetzlicher Verbreitung der Landtagsflugblätter hatten zwei unserer hiesigen Genossen eine Verurteilung beim Polizeikommissar. Am Schluß dieser Vernehmung glaubte der Kommissar den beiden Genossen den Rat geben zu müssen, sie sollten doch die Sache christlich machen, dann würden sie nicht auf solche Schwierigkeiten stoßen, als wenn sie auf sozialdemokratischer Seite stünden. Diese beiden auf die höchst merkwürdige Weise polizeilich behetzten Genossen haben dem Kommissar die Antwort nicht gegeben. Der eine gab ihm den Rat, das Christentum den Unternehmern zu empfehlen; denn wenn diese immer christlich gehandelt hätten, würden sie nicht nötig gehabt haben, Sozialdemokraten zu werden. Den christlichen Gewerkschaften und dem katholischen Volksverein aber empfehlen wir diesen Kommissar. Vielleicht daß er schlagenswerte Empfehlungen als christlich-katholischer Agitator erteilt, wenn ihn die Sozialdemokraten einmal amtsmüde gemacht haben. Bemerkenswert ist immerhin noch, daß der Beamte nicht einmal politische und gesellschaftliche Bewegung von einander zu trennen vermocht. So viel Kenntnis der Arbeiterbewegung sollte man einem Polizeikommissar denn doch zutrauen.

Wozu die Wach- und Schließgesellschaft gut ist.

Die Bremer Bürgerzeitung berichtet aus der Norddeutschen Maschinen- und Armaturenfabrik, Abteilung Knabenheim (Knabenheim genannt wegen der dort beschäftigten großen Menge von Lehrlingen) in Bremen: „Es ist wirklich eine schöne Gille, die ein Arbeiter, der die Ehre hat, nachts arbeiten zu müssen, zu schlafen bekommt.“ Punkt 6 Uhr ebenst rief die beherrschte Wache der Wach- und Schließgesellschaft, zwei Mann hat nicht einen Oberwächter und einem Hunde an. Es beginnt dann die Arbeit über mehrere Arbeiter der Nachschicht. Jede halbe Stunde aus der Wache runderden, im Anstus erscheint dann der Oberwächter mit Hund und langem Säbel auf dem Plane und hat an jeder Ecke der Wache. Nebenbei werden dann die Arbeiter beobachtet, ob vielleicht einer mit seinem Kollegen spricht, oder vielleicht irgendwo sitzt u. s. w. Da nun Darbhumme nach

beschäftigt werden und andererseits es auch bis heute nur in Gefängnissen Usus ist, daß zwei Mann nicht zusammen sprechen dürfen, so kommt es vor, daß so ein armer Schelm gefast wird. Der Betreffende wird dann ins Mapportbuch eingetragen und der Direktion vorgelegt, jedenfalls um im Jahresbericht die aufmerksame Tätigkeit der Gesellschaft zu beweisen. Es ist auch wirklich auffallend, wenn man bedenkt, daß früher die Nachwächter nur mit der Laterne einhergingen, ohne daß irgend etwas vorgekommen ist und heute mit umgeschlanktem Säbel, Hund u. s. w. Es ist nicht das erstemal, daß Mitglieder der Wach- und Schließgesellschaft solche Dienste verrichten, zu denen in Amerika die berühmten „Pinkertons“ verwendet werden. Man wird gut tun, auf diese „Privatpolizisten“ ein wachames Auge zu haben, da die Gefahr vorhanden zu sein scheint, daß sie zu solchen Witzdiensten verwendet werden, die man der aus öffentlichen Mitteln besoldeten Polizei nicht gut auferlegen kann.

Arbeiterversicherung.

Erklärung eines Minderjährigen. Für seinen minderjährigen Sohn, der von einem Wagen überfahren worden war, klagte der Arbeiter W. in G. auf Erhöhung der Rente. Da der junge Mann bisher die Vollrente bezog und bei ihm auch die Vorbedingungen zum Anspruch auf die Hilfsrente fehlten, wurde sein Antrag abgewiesen. Doch noch aus einem anderen Grunde bot dieser Fall Interesse. Für den Verlust des linken Beines ist die Berufsgenossenschaft zur Versicherung eines Stützfußes verpflichtet. Da sich der junge Mann aber bereit erklärte, die Differenz zwischen einem Stützfuß und einem künstlichen Beine, im Betrag von 85 Mk., zu tragen, erhielt er ein künstliches Bein geliefert. Diese Vereinbarung war ohne die Zustimmung des Vaters zustande gekommen, weshalb sie von dem Schiedsgericht Schleswig als nicht zu Recht bestehend erachtet wurde. Der Berufsgenossenschaft wurde anbeimgelassen, sich mit dem jungen Manne abzufinden.

Vom Ausland.

Osterreich.

Dem Rechnungsjahresbericht der Genossenschaftskommission Osterreichs für das Jahr 1905 entnehmen wir folgende Daten. Die Gesamtorganisation der Gewerkschaften Osterreichs weist heute bereits eine Verteilung Mitglieder auf. Der Mitgliederzuwachs im Berichtsjahre beträgt mehr als 60 000. Einen ganz gewaltigen Anteil an diesem Zuwachs haben — wie wir mit befonderer Freude konstatieren — unsere Berufscollegen. Der österreichische Eisen- und Metallarbeiter-Verband zählte Ende 1904 20 400, Ende 1905 hingegen 22 000 Mitglieder. Wien hatte einen Zuwachs von 6500 Mitgliedern, 2 000 industrielle Böhmen 6000, Mähren 5000 und Steiermark 1400. Die Bruttocinnahmen des Verbandes betragen im Berichtsjahr 630 000 Kronen, die Ausgaben 460 000 Kronen, also eine Mehreinnahme von 190 000 Kronen. Der Verband hat ein Vermögen von 380 000 Kronen, in welcher Summe der Wert des eigenen Hauses — wo sich das Zentralsekretariat befindet — in der Höhe von 105 000 Kronen und der Wert der Verbandsbibliothek im Betrage von 35 000 Kronen inbegriffen ist. (Der österreichische Verband hat nämlich eine Zentralbibliothek.) Die Ausgaben des Verbandes verteilte sich in folgender Weise: Arbeitslosenunterstützung 160 000 Kronen, Reiseunterstützung und Beherbergung 20 000, Natialsunterstützung 20 000, Verdigungslohn 3000, Rechtschutz 12 000, Unterricht und Vorträge 15 000, Zeitungsabonnements 90 000, Agitationskosten 20 000, Gehälter 24 000, Kassenprovisionen 20 000, Buchdruckerarbeiten 16 000, Verwaltungskosten in den Ortsgruppen 20 000 u. s. w. Sekretariate mit eigenen Bureau hat der österreichische Verband in Wien mit elf Beamten, in Brünn mit einem Beamten, in Prag mit vier Beamten und in Graz mit einem Beamten. Die Zeitungen des österreichischen Verbandes haben 1905 eine Auflage von 54 000 Exemplaren erreicht; hiervon entfallen auf das deutsche Organ 31 000 und auf das tschechische 23 000 Exemplare. — Außer dem Eisen- und Metallarbeiter-Verband existieren in Osterreich noch der Zentralverein der Eisenarbeiter mit 8000 und der Verein der Kupferhämmer mit 450 Mitgliedern.

Aus dem Rechnungsjahresbericht der Gewerkschaftskommission ist ferner noch hervorzuheben, daß die Bauarbeiter von 13 000 auf 30 000 stiegen, die Holzarbeiter von 8000 auf 20 000, die Textilarbeiter von 11 400 auf 25 000, die Schneider von 2000 auf 5000, die Bäcker von 700 auf 5000, die Tabakarbeiter von 700 auf 4000 u. s. w. Immer mehr vereinigen sich die Gewerkschaften zu Zentralorganisationen. Nur in Böhmen unter den tschechischen Arbeitern einiger Branchen erfährt der Zentralisationsgedanke noch Widerstand. Im Monatsbeiträge 3 5 Heller vereinnahmte die Gewerkschaftskommission 59 855 Kronen; das ist eine Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahr von 16 458 Kronen und entspricht einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 166 347. Also eine Zunahme von 45 700 zahlenden Mitgliedern. An Streitgeldern wurden im Jahre 1905 durch die Gewerkschaftskommission 114 569 Kronen ausgegeben. Die Gewerkschaften Osterreichs beteiligten sich im verfloßenen Jahre besonders lebhaft an der Agitation und Demonstration für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Frankreich.

Wie wir in Nr. 46 des vorigen Jahrgangs berichtet haben, hatte der Marinepräfet von Brest, Admiral Pophan, einen Urnenarbeiter namens Bengam gemazregelt, weil dieser am 5. Oktober vorigen Jahres in einer Versammlung, wo auch Militärpersonen anwesend waren, eine Ansprache gehalten hatte, in der er auseinanderlegte, daß das Militär nicht dazu da sei, in die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit einzugreifen und daß die Soldaten bei Streiks nicht auf ihre Arbeitsbrüder schieszen sollten. Wegen dieser Rede fand Bengam im Januar vor dem Schwurgericht zu Quimper (Finistère). Er wurde von den Geschworenen jedoch für nicht schuldig erklärt.

England.

Der Verband der Eisengießer (Friendly Society of Iron Founders of England, Ireland and Wales) hat das Jahr 1905 mit 18 474 Mitgliedern abgeschlossen gegen 15 426 im Anfang des Jahres.

Rußland.

Der Verband der Ingenieure und Techniker Russlands verwendet einen Aufruf an die deutschen Techniker, in dem mitgeteilt wird, daß die Rolle der russischen Ingenieure und Techniker im Schreckenskampfe gegen die russische Regierung eine besonders schwierige ist, da sie zwischen Kapital und Arbeit, gleichzeitig wie zwischen Hammer und Anboß stehen. Die private Industrie, die einzig auf Staatsaufträgen ihr Wohlsein baut, da das Wirtschaftssystem der letzten Regierungsjahre die Kaufkraft des Volkes vollkommen unterbunden hat, borgt willig auf die Stimme der Regierung und entläßt gleichfalls die der Gendarmen und ihrer Anwärter unbehaglichen Ingenieure. Die Folge ist, daß eine große Anzahl von Ingenieuren ausbleiblich frei ist. Der allrussische Verband der Ingenieure und Techniker erklärt alle diese Punkte unter Vorbehalt und richtet an die deutschen Kollegen die Bitte, auf solche Posten zu verzichten. Die Arbeiter würden es natürlich zu verhindern wissen, wenn fürwahr Elemente den Freiheitskampf in irgend einer Art hemmen wollten.

Amerika.

Zu den Skandalen der Union werden freilebende Arbeiter oft wie Verbrecher behandelt. Dort sind die Kapitalisten noch zu sehr an den Sklavengedanken der Regier gewöhnt und scheuen sich nicht, den Widerstand freilebender Arbeiter mit allerlei Gewaltsmaßnahmen zu brechen. Wiederholt sind aus Florida die ärgsten Ausdehnungen und Bergwollungen aller Weile der Arbeiter durch die Kapitalisten berichtet worden. Gegenwärtig sind die Zigarrenmacher in Key West (Staat Florida) im Streit; unter ihnen befinden sich viele Kubaner. Es bildete sich nun, wie in solchen Fällen dort üblich ist, ein Bürgerkomitee, das die Streikenden anforderte, zu den Bedingungen, welche die Kapitalisten vorschrieben, die Arbeit

